

Conrad Schuhler

# ENRON

## **Pleite von Wall Street und Washington**



Schutzgebühr: 2,50 EUR

**ISW**

**SPEZIAL-NR.16**

institut für sozialökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.

# Inhalt

---

Kulturschock Kapitalismus .....	1
Der Leithammel als schwarzes Schaf .....	2
Enron und Bush: Wer machte wen? .....	7
Katastrophe Privatisierung: Enron in Kalifornien .....	10
Katastrophe Globalisierung: Enron in Indien .....	11
Shareholder Value: Verrat an Belegschaften und Kleinaktionären .....	13
Komplize Bush: Die Regierung deckt den Abgang .....	15

## Impressum

### **isw-spezial 16, Mai 2002**

Herausgeber: isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
80639 München, Johann-von-Werth-Str. 3, Tel. 089/130041 Fax: 168 94 15  
email: [isw\\_muenchen@t-online.de](mailto:isw_muenchen@t-online.de), <http://www.isw-muenchen.de>

Konto: Sparda Bank München, Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Fred Schmid

Layout: Monika Ziehaus

Karikaturen: Bernd Bücking

Redaktionsschluss: 15. April 2002

Eigendruck im Selbstverlag

Schutzgebühr: 2,50 EUR

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Genehmigung des isw e.V.

## Kulturschock Kapitalismus

Eine "Reaktorschmelze", der größte anzunehmende Unfall, habe stattgefunden, urteilt Robert Litan, Wirtschaftsdirektor der Brookings Institution, einer der renommiertesten Denkfabriken der USA. Für Jesse Jackson, den Prediger und Sprecher der "Regenbogen-Koalition", handelt es sich um eine "Perversion von Werten, die nicht nur die Wohlfahrt eines Unternehmens und seiner Mitarbeiter, sondern die gesamte Wirtschaft bedroht". (Working for change, 21.2.01). Der Leitartikler der Süddeutschen Zeitung erlebt einen "Kulturschock, weil der Glanz des vermeintlich überlegenen freien Unternehmertums sich über Nacht in einer Pleite verflüchtigte, die an Banalität und Gemeinheit nicht zu übertreffen ist". (SZ, 19.1.2001) Felix Rohatyn, ehemaliger Investmentbanker und seitdem das gute Gewissen liberaler Kapitalisten, sieht in der New York Review of Books den Tatbestand des "Verrats am Kapitalismus" erfüllt.

Das Entsetzen und die harschen Worte der Anklage und Verdammnis haben einen guten Grund. Denn der am 2.12.01 angemeldete Konkurs von Enron, des siebtgrößten Konzerns der USA, der noch im Jahr zuvor mit seinen 22.000 Mitarbeitern einen Umsatz von 110 Milliarden Dollar und einen Profit von einer Milliarde Dollar erzielte, dokumentiert nicht nur den Offenbarungseid der zuvor als Stars der US-Wirtschaft gefeierten Enron-Manager – er stellt die Funktionsweise des modernen Kapitalismus überhaupt in Frage. Denn Enron

ist ein hundertprozentiges Produkt des Neoliberalismus, groß geworden im Gefolge von Deregulierung und Privatisierung – von zwei Milliarden Dollar 1985 schaffte es der damalige traditionelle Gas- und Öllieferant bis Ende 2000 zum weltweit größten Finanzdienstleister für Energieprodukte mit einem Marktwert von über 70 Milliarden Dollar. Enron ist ein Synonym für die Allianz von Politik und großem Geld, für das Zusammenspiel von Börse, Banken und Wirtschaftsprüfern. Die Fallstudie Enron zeigt, was Belegschaften und Kleinaktionäre von dem Konzept des Shareholder Value, und was die Völker der Armen Welt von solcher Art von Globalisierung zu erwarten haben. Harvard-Ökonom Paul Krugman sagt voraus, "dass sich in den kommenden Jahren Enron und nicht der 11. September als der größere Wendepunkt in der US-Gesellschaft herausstellen wird". (New York Times, 30.1.2002).

Denn Enron ist eben nicht "ein Symbol für die hässliche Rückseite eines Wirtschaftssystems", wie die Süddeutsche Zeitung beschönigen will, die Firma aus Houston/Texas ist nicht Verräter am Kapitalismus, sie ist dessen ureigenster Ausdruck. Sechsmal in Folge wurde sie von Fachzeitschriften zum "innovativsten Unternehmen der USA" gewählt. Im Zug der Privatisierung der US-Energiewirtschaft wurde Enron vom Energieproduzenten zum Finanzdienstleister, der den Markt mit Terminkontrakten auf Energiepreise beherrschte – im Jahr 2001 liefen drei Viertel aller Energietransaktionen der USA über Enron. (FTD, 14.1.02) Auf der Enron-"Handelsplattform" wurden Energie in jeder

### Das Enron-Casino – Der Trick mit den Derivaten

Bei traditionellen Anlageformen geht es um sog. Basiswerte, die zum aktuellen Preis gehandelt werden. Die Kurse von Aktien und Devisen, die Zinsen von Anleihen oder die Preise von Rohstoffen oder sonstigen Waren. "Derivate" (= Ableitungen) heißen Finanzprodukte, die sich auf zukünftige Preise dieser Basiswerte beziehen. In der Regel geht es um Termingeschäfte, die zum Kauf oder Verkauf des zugrunde liegenden Produkts irgendwann in der Zukunft berechtigen. "Futures" heißen Termingeschäfte, bei denen sich der Käufer verpflichtet, zu einem festgelegten Termin in der Zukunft einen Basiswert (Ware, Wertpapier usw.) zu einem festgelegten Preis zu kaufen, bzw. der Verkäufer sich verpflichtet, den Basiswert zum ausgemachten Preis zu liefern. "Optionen" verbiefen das Recht, aber nicht die Pflicht, zu einem späteren Zeitpunkt einen Basiswert zum festgelegten Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Die Put-Option gibt das Recht zu verkaufen, mit dem Call-Optionsschein kann man kaufen. So kann man bei sinkenden Kursen mit Put-Optionen Geld machen, wenn der ausgemachte Verkaufspreis über dem Tageskurs liegt, zu dem man den Basiswert beziehen könnte. Die Call-Option würde man nur realisieren, wenn der ausgemachte Kaufpreis des Basiswerts unter dem Tagespreis liegt.

Ursprünglich ging es dabei nicht um solcherlei Spekulation, sondern um Risikoabsicherung. Man wollte sicher sein, dass man zum gegebenen Zeitpunkt über ein Produkt zu diesem Preis verfügen bzw. es dafür verkaufen könnte. Das entsprechende Beispiel in den Lehrbüchern liefert meist Kolumbus, der vielleicht sicher gehen wollte, die Schweinehälften für die Überfahrt nach Indien zu einem erschwinglichen Preis zu erhalten und deshalb mit den Metzgern schon zwei

Monate vor dem Lossegeln die Preise festlegte. Mit dieser Idylle hat die Realität unserer Tage nichts zu tun. "Derivate" sind im Grunde nichts anderes als Wetten auf die Entwicklung der Basiswerte. Diese Finanzprodukte beziehen sich gar nicht mehr auf reale Werte, haben mit der stofflichen Seite der Wirtschaft so gut wie nichts mehr zu tun, sondern sind buchstäblich Wetteinsätze, bei denen man je nach Put oder Call mit den Verlierern mehr gewinnen kann als mit den Siegern. Diese Casino-Seite der kapitalistischen Wirtschaft überwiegt längst die konkrete materielle, wo es noch um Produkte und Gewinne aus der Produktion geht. Der weltweite Bestand der Derivate betrug Ende der Neunziger Jahre mehr als das Sechsfache des Werts aller an der New Yorker Börse gehandelten Aktien.

Für die Entwicklung von Enron war die Erlaubnis zum elektronischen Handel mit Derivaten der entscheidende Hebel, um zum größten Finanzdienstleister für Energieprodukte der Welt zu werden. Derivate auf den eigenen Aktienkurs hat die Firma eingesetzt, um das Risiko von Fremdinvestitionen abzusichern. Das konnte nur gut gehen, so lange der Kurs nach oben ging. Derivate zur Sicherung solcher Fremdinvestitionen wurden in der Bilanz als Aktiva ausgegeben, auch Derivate mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren, für die gar keine Marktpreise existieren. Alle diese Betrugsmanöver blieben von der Wirtschaftsprüfungsfirma Andersen unbeanstandet, was wiederum verständlich ist, da sie als Wirtschaftsberatungsfirma Enron dabei geholfen hat, diese Instrumente zu entwickeln. Der dritte Komplize im Bunde waren die Wall Street-Banken, die mit Anleihen und Derivaten mehr verdienten als Enron und Andersen.

Form, Pipelines und Lagerflächen gezielt auf Termin, Ort, Menge und Preis gekauft und weiter verkauft. Hinzu traten alsbald "Futures" und "Derivate", wo auf zukünftige Preise von Energieprodukten spekuliert wird. (Siehe Kasten: "Das Enron-Casino"). 3.500 zumeist ausländische Partnerfirmen hatte das globale Energieunternehmen gegründet, wo es seine Kredite und Risiken versteckte und damit den Gewinn pro Aktie, den Shareholder Value, in buchstäblich schwindelnde Höhen trieb. Als der Bilanzbetrug im November 2001 ruchbar wurde, stürzte der Aktienkurs, zwei Jahre zuvor bei 90 Dollar, auf 26 Cents. 63 Milliarden Dollar waren vernichtet, Kleinaktionäre sahen sich um ihr Vermögen geprellt, die 22.000 Beschäftigten waren nicht nur ohne Arbeitsplatz, sondern auch ohne Altersversorgung, denn die war über die Pensionskasse des Unternehmens und weithin in Firmenaktien geregelt und damit ohne Substanz. (Vgl. Die Zeit, 7.2.02).

Als die Senatoren im Februar 2002 zur ersten Sitzung eines der mittlerweile dreizehn Untersuchungsausschüsse des US-Kongresses zusammentraten, wagte keiner mehr, die Selbstbereicherung der Enron-Manager und den jahrelangen Betrug an Belegschaft, Aktionären und Kunden in Zweifel zu ziehen. Die bangeren Fragen kreisten vielmehr nur um ein Thema: Sind die Enron-Verantwortlichen nach den Gesetzen des Landes womöglich gar keine Kriminellen, sondern bloß Geschäftsleute, die taten, was alle Großen der Zunft auch tun? Und: Lässt sich ein Zusammenhang beweisen zwischen den Millionen-Spenden der Firma und den politischen Leistungen der so großzügig Bedachten? Heißt der Kulturschock also eigentlich nicht "Enron", sondern genauer: Kapitalismus? Ein Kapitalismus, in dem Konzerngewaltige und Politiker sich zu einem Komplott verschworen haben gegen sozialen Anstand und demokratische Rechte, gegen alles und jeden, der ihrem Profit und ihrer Macht im Wege steht?

## **Der Leithammel als Schwarzes Schaf**

Enron ist kein Sonderfall, sondern der Prototyp des US-kapitalistischen Systems. Schon die allgemeine Qualität seiner Geschäftsbeziehungen offenbart dies:

- Enron betrieb u.a. milliardenschwere "joint ventures" mit anderen Giganten der US-Wirtschaft, so mit General Electric und der Bechtel Group;
- Enrons Geschäftspartner an der Wall Street waren die größten Investment- und Kreditbanken, u.a. Goldman Sachs, J.P. Morgan, Citigroup und Deutsche Bank;
- Enrons Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater war Arthur Andersen, einer der "Big Five", der fünf großen Firmen, die den Konzernen Finanzierungsinstrumente auf den Leib schneiden und anschließend kontrollieren, ob alles seine Richtigkeit hat;
- Enron prägte die Energiepolitik des Landes – so überließ es die Bush-Regierung dem Enron-Vorstand, den Vorsitzenden und die wesentlichen Funktionsträger der staatlichen Energiekontrollbehörde zu benennen.

## **1. Das Enron/Andersen-Komplott**

1985 fusionierten die beiden texanischen Firmen Houston Natural Gas und Internorth zur Enron, und seit den achtziger Jahren ist Arthur Andersen der Wirtschaftsprüfer der Firma. Wie üblich bei den großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften prüfen die Andersen-Leute die Bücher und Bilanzen nicht nur, sie machen sie auch selbst. Von Andersens Umsatz im Jahre 2001 in Höhe von 9,3 Milliarden Dollar entfallen 4,26 Mrd. Dollar auf Wirtschaftsprüfung, aber 4,7 Milliarden Dollar auf Steuer- und Rechts- sowie Unternehmensberatung (der Rest kommt durch "Unternehmensfinanzierung" herein; FAZ, 15.1.2002). Auch von den 52 Millionen Dollar, die Enron in 2000 an Andersen überwies, stammte der größere Teil – 27 Millionen – aus der Beratertätigkeit. In den letzten Jahren waren in der Regel rund 100 Andersen-Spezialisten ständig in die Enron-Zentrale in Houston abkommandiert. (Die Zeit, 7.2.02) Die Berater schmiedeten also die Finanzinstrumente und heckten die Tricks aus, um anschließend als Prüfer das Testat für Aktionärsversammlung, Börsenaufsicht, Analysten usw. auszustellen, dass die Bücher der Firma absolut korrekt seien und alle angegebenen Zahlen – vor allem natürlich die Gewinne, der Shareholder Value – stimmten. Von einer engen Verflechtung von Enron und Andersen zu sprechen, ist eher eine Untertreibung – Symbiose trifft den Sachverhalt besser.

Der Königsgedanke von Enron/Andersen bestand zunächst in nichts weiter als in der exzessiven Inanspruchnahme gültiger US-Bilanzregeln. In den Generally Accepted Accounting Principles (GAAP) ist – wir kommen zum Schwerpunkt der Trickser aus Houston – die Gründung so genannter Special Purpose Entities (SPEs) erlaubt. Der special purpose, der spezielle Zweck dieser "Partnerunternehmen" besteht in der Fälschung der Bilanz der "Mutterfirma". Die kann nämlich ganz legal einen großen Teil ihrer Kredite wie auch risikobehaftete Geschäftsteile in die SPEs abschieben. Die Kreditwürdigkeit der Mutter wie auch ihre Gewinne erstrahlen in hellstem Glanze, da die Minusbilanzen der SPEs in der Mutter-Bilanz nicht aufgeführt werden müssen, sofern ein zweiter Kapitalgeber mindestens 3 Prozent der SPE finanziert. (Wirtschaftswoche, 24.1.02).

So gründet denn Enron seit 1997 eine kapital-schwache SPE nach der anderen, die 3 Prozent übernimmt jeweils ein Enron-Manager. Die Firmen haben so malerische Namen wie Jedi oder Marlin, im Juni 1999 wird im karibischen Steuerparadies die "LJM Cayman" gegründet. LJM steht für die Anfangsbuchstaben der Frau und der Kinder des Finanzchefs von Enron. Zum Schluss übernahmen 3.500 Partnerfirmen die Schulden von Enron und transferierten nach Gusto deklarierte Zahlungen an die Mutter. Im Jahr 2000 stammten 40 Prozent des Enron-Einkommens von den SPEs. (Die Zeit, a.a.O.) Natürlich ist dies für ein Unternehmen, dem es um nichts als den Reibach geht, ein ideales Verfahren. Bei den Banken erhält man dank des guten Standings beliebig viele Kredite zum günstigsten Zins, die man aber eigentlich gar nicht braucht, denn angesichts der hohen und schnell wachsenden Gewinne steigen die Kurse, man kann neue Aktien ausgeben, die sofort gezeichnet sind und weiter steigen. Eine fantasti-

sche Geldmaschine, die erst ins Stottern gerät, als die Herren der Welt aus Houston übertreiben. Im Herbst 2001 wird bekannt, dass drei der zahlreichen SPEs nicht einmal die notwendigen 3 Prozent Fremdkapital aufweisen.

Nun muss Enron die Schulden und Risiken dieser "Partner" doch in die eigene Bilanz übernehmen, den Gewinn um 600 Millionen Dollar und das Eigenkapital um 1,2 Milliarden Dollar nach unten revidieren. Das Unheil nimmt seinen Lauf: Die Ratingagenturen stufen die Kreditwürdigkeit Enrons herab, der Aktienkurs gibt nach, kein Geld von außen, die Zinsaufwendungen höher, keine Kredite mehr. In der Lobby des Konzern-Towers in Houston wird das Plakat abgehängt: "Vom größten Energiekonzern der Welt zum größten Konzern der Welt." Jetzt heißt die Devise: Rette sich, wer kann. Zwei Monate, bevor Enron am 2.12.01 Konkurs anmeldet, beginnt Andersen damit, tonnenweise Enron-Dokumente zu vernichten. In einer internen Anweisung vom 12. Oktober werden die Mitarbeiter angehalten, alle Dokumente im Zusammenhang mit der Prüfung der Enron-Bücher zu vernichten. (SZ, 16.3.02; FAZ, a.a.O.) Relativ spät, denn schon im August des Jahres waren Enron und Andersen in dem Memo einer Enron-Mitarbeiterin auf die drohende Entlarvung der Bilanzierungsmethoden der Firma hingewiesen wor-

den. (FTD, 14.1.02) Zu den Tricks mit den SPEs gesellte sich ein zweiter offenkundiger Schwachpunkt: Enron/Andersen hatten seit Jahren die Derivate – die auf die zukünftigen Energiepreise bezogenen Finanzprodukte – ohne die nötigen Risikoabschlüsse bewertet, auch Derivate mit Laufzeiten oberhalb von fünf Jahren in die Bilanz gestellt, für die überhaupt keine Marktpreise existieren. Die Autorin des Memos, immerhin eine der Vizepräsidenten Enrons, kannte sich mit Bilanzierungstricks besonders gut aus, hatte sie doch früher bei Andersen gearbeitet. In ihrem Memo an Enron-Chef Kenneth Lay warnt sie mit äußerster Dringlichkeit: "Ich habe große Angst, dass wir in einer Welle von Bilanzierungsskandalen untergehen." Der Enron-Boss versucht, seine aufgeregte Angestellte zu beruhigen und beauftragt die Kanzlei Vinson & Elkins mit der Überprüfung der in dem Memo beanstandeten Transaktionen, damit genau das Unternehmen, das im Auftrag von Enron die Gründung von Partnerfirmen organisierte. (Wirtschaftswoche, a.a.O.)

Weiter geschieht nichts, auch nicht der mutigen Enron-Mitarbeiterin Sherron Watkins. Weniger Glück als Mrs. Watkins hatte da der frühere Vizechef Enrons Clifford Baxter. Er hatte im Frühjahr 2001 unter Hinweis auf die fragwürdigen finanziellen Praktiken das Unternehmen verlassen. Im

### Enron/Andersen ist überall

*Enrons Wirtschaftsprüfer Andersen behauptet, dass sich die zentralen Geschäftspraktiken Enrons durchaus innerhalb der Gesetze bewegten und dass Tausende Firmen das Gleiche machen. Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, Ex-Vizechef der Weltbank bestätigt: Vieles von dem, was Enron tat, war legal.*

*In der Tat haben die "Big Five", die fünf großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, in den Neunziger Jahren eine Fülle von Finanzinstrumenten entwickelt, um die Liquidität der Firmen zu erhöhen und je nach Bedarf Gewinne entweder aufzublasen oder zum Verschwinden zu bringen. Denn die Prüfer waren gleichzeitig die Berater ihrer Kunden und bestätigten mit ihren "Testaten", was sie selbst zusammen mit den Firmen ausgeheckt hatten. Dass solcherart keine unabhängige Kontrolle vonstatten gehen kann, liegt auf der Hand.*

*Als im Jahr 2000 der damalige Vorsitzende der Börsenaufsicht, Arthur Levitt, auf diesen Interessenkonflikt hinwies und die Trennung der beiden Leistungen vorschreiben wollte, liefen die "Großen Fünf" (Andersen, Deloitte & Touche, Ernst & Young, KPMG, PricewaterhouseCoopers) Sturm gegen das Vorhaben. 46 Mitglieder von Senat und Abgeordnetenhaus, allesamt seit Jahren mit Spenden der Wirtschaftsprüfer versehen, wandten sich an den Chef der Börsenaufsicht, der sein Vorhaben aufgab und alsbald im Amt von Harvey Pitt, einem Freund der Wirtschaftsprüfer, abgelöst wurde. Von 1989 bis 2001 haben die "Big Five" fast 39 Millionen Dollar an Politiker und Parteien gezahlt. (Accounting Industry. [www.opensecrets.org](http://www.opensecrets.org) 30.1.02) Die von den Finanzspezialisten ausgetüftelten Strategien machen die wahren Transaktionen und Aktiva gerade der größten Unternehmen weithin undurchsichtig. "Die Bilanzen dieser Konzerne (wie General Electric, IBM und American International Group) sind so komplex, dass Analysten gar nicht mehr versuchen, sie zu verstehen." (FAZ, 2.2.02).*

*Die Grenzen zwischen legal und illegal mögen in diesem Gewerbe fließend sein, aber ohne Frage war ein guter Teil des Andersen-Dienstes für Enron selbst nach den neoliberalen Gesetzen des Landes illegal (wie der Ausweis von Anleihen als Aktiva). Und auch auf dem illegalen Feld stehen die anderen Wirtschaftsprüfer und Unternehmen Enron/Andersen nicht nach. So hat der Größte der "Großen Fünf", die Pricewaterhouse Coopers (PwC), bereits vor drei Jahren sehr genau über die wahre Finanzsituation von Enron Bescheid gewusst. In einer für Enron vorgenommenen Wertermittlung (due diligence) stellten die PwC-Berater 1999 fest, dass die Verschuldungsquote bei 70 bis 75 Prozent läge und nicht bei den von Enron angegebenen 50 Prozent. (HB, 28.1.02).*

*Das Gutachten kam nie an die Öffentlichkeit. Betrug ist offenbar die Regel. Selbst die alles andere als aggressiv nachforschende Börsenaufsicht verlangte im Jahr 2000 von 233 Unternehmen, ihre fehlerhafte Bilanz neu aufzustellen. Im Jahr zuvor musste die heute zur Deutschen Bank gehörende Bankers Trust 60 Millionen Dollar Strafe wegen Bilanzfälschung zahlen. Gerügt wurden u.a. Xerox, das in drei Jahren den Vorsteuergewinn um 845 Millionen Dollar zu hoch angegeben hat, und ein weiterer der "Großen Fünf", KPMG. (Wirtschaftswoche, 24.1.2002). Verbotener Insider-Aktienhandel, wobei Top-Manager kurz vor Bekanntgabe negativer Unternehmensdaten ihre Firmenaktien verkauften, fand u.a. bei Cisco und Oracle statt. ([www.enronfraud.com](http://www.enronfraud.com), 20.1.02)*

*Das System des Bilanz- und Finanzbetrugs steht politisch auf festen Beinen. Allein 1999 und 2000 haben US-Unternehmen 1,2 Milliarden Dollar an Politiker und Parteien gezahlt. Ohne Frage konnten sie sich dafür auf dem freien Markt die beste Politik kaufen, die für Geld zu haben ist. Zum Beispiel haben die Gewerkschaften im selben Zeitraum nur 83,6 Millionen Dollar für Politiker ausgegeben. ([www.opensecrets.org](http://www.opensecrets.org))*

Januar 2002 wird er tot in seinem Wagen aufgefunden. Nach Angaben der Polizei handelt es sich um Selbstmord. Von Insidern wird die Polizei-Version um so mehr bezweifelt, als der kluge Ex-Enron-Manager nicht versäumte, bei seinem Abgang 35 Millionen Dollar für seine Enron-Aktien zu kasieren, die damals noch der Darling der Börse waren. (HB, 28.1.02; Alternet, 11.2.02).

In einem internen Untersuchungsbericht kommen Ex-Mitarbeiter von Enron zu diesem vernichtenden Urteil über ihre frühere Wirkungsstätte: "Zweifelhafte Geschäftspraktiken, Selbstbereicherung von Angestellten, unzureichende interne Kontrollen, gleichgültige Aufsichtsbehörden, Fehler bei der Wirtschaftsprüfung, eine Firmenkultur, die jeden Mitarbeiter aufforderte, Grenzen zu testen, und dabei über ihr Ziel hinausschoss." (Zeit, a.a.O.) Es kann kein Zweifel sein, dass der Prüfer und Berater Andersen über diese zweifelhafte Firmenkultur bestens im Bilde war. Andersen leugnet dies auch gar nicht, sondern erklärt vielmehr, "dass sich die zentralen Geschäftspraktiken durchaus innerhalb der Gesetze bewegten und dass Tausende Firmen das Gleiche machen". Dazu stellt Joseph Stieglitz, Wirtschaftsnobelpreisträger und ehemaliger Vizepräsident der Weltbank, fest: "Sie haben Recht – und das ist das Problem." (HB, 16.2.02) Die Börsenaufsicht SEC, die auf die Einhaltung der Bilanzierungsregeln zu achten hat, ist für die "Auswüchse" jenseits dieser "zentralen Geschäftspraktiken" zuständig. Wegen solcher Verstöße wurde Andersen schon zweimal – in den Fällen Sunbeam und Waste Management – zur Rechenschaft gezogen. Bei Sunbeam hatten nicht-existente Verkäufe Umsätze und Gewinn aufgeblasen. Der Entsorgungsfirma Waste Management hatte Andersen einen Gewinn testiert, der eine Milliarde Dollar über der Realität lag. (Wirtschaftswoche, a.a.O.) Um Aktionärsklagen außergerichtlich abzuweisen, zahlte Andersen 330 Millionen Dollar und noch einmal sieben Millionen Dollar Zivilstrafe, "die größte Zivilstrafe, die die Börsenaufsicht jemals verhängt hat". (FAZ, 15.1.02)

Obwohl also die Börsenaufsicht in Sachen Andersen gewarnt war, obwohl dieser Gigant unter den Wirtschaftsprüfern – wie allerdings alle seine großen Konkurrenten auch – als Wiederholungstäter bekannt war, schöpfte die 3.000 Fachpersonen starke Börsenaufsicht im Fall Enron bis zuletzt keinen Verdacht? Dies erscheint sehr unglaubwürdig, hatte doch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers (PwC), auch einer der "Big Five", "bereits vor drei Jahren von den finanziellen Problemen des inzwischen zahlungsunfähigen US-Energiehandelsunternehmens gewusst". (HB, 28.1.02) In einer Unternehmenswertermittlung für Enron hatte PwC eine Verschuldungsquote von 70 bis 75 Prozent ausgemacht, im Gegensatz zu der offiziell angegebenen von 50 Prozent. Die PwC-Ermittler waren für ihre Recherche auf öffentlich zugängliche Daten angewiesen. "Das bedeutet: Auch Regulierungsbehörden wie die Börsenaufsicht SEC oder das für Geschäftsberichte zuständige Financial Accounting Standards Board (FASB) hätten die finanziellen Machenschaften Enrons schon vor Jahren erkennen können." (A.a.O.)

Warum hat die SEC ihre Untersuchung aber erst im Herbst 2001 begonnen, als Enron-Mitarbeiter und Medien die Öffentlichkeit zu informieren be-

gannen? Hat es mit dem "Hype", der hysterischen Selbstbegeisterung der "New Economy" zu tun, die Kontrollinstrumente auch bei übelsten Machenschaften außer Kraft setzte? Mit Enrons gewaltiger Stellung im Zentrum von Wall Street und Washington? Wurde bei Enron, wie Nobelpreisträger Stiglitz vermutet, nach dem Prinzip der "corporate welfare", der Unternehmenswohlfahrt, verfahren: Gib denen mit den besten Verbindungen?

## 2. Der Deal mit den Großbanken

"Eine Weile sah es so aus, als hätte der Pleite gegangene US-Energiehändler Enron mit neuen Tricks gearbeitet, um Anleger und Angestellte hinter Licht zu führen. Doch weit gefehlt: Die Idee, mit Hilfe bizarrer Partnerschaftskonstruktionen Schulden zu verstecken, um frisches Kapital zu ergattern, ist keine Erfindung des Enron-Managements. Unter hoch bezahlten Investmentbanking-Teams gilt die Gründung von Tochterfirmen zum Zweck der Bilanz-Kosmetik als gängiges Finanzierungsinstrument." (HB, 19.2.02). Ohne die Banken hätte das SPE-System überhaupt nicht funktionieren können. Denn die Partnerfirmen hatten nicht nur die Schulden der Mutter zu übernehmen, über sie wurde auch frisches Kapital generiert, indem die Investmentbanken für die Phantomfirmen Anleihen auflegten. Die Provisionen der Banken – neben Kreditzinsen v.a. die Einnahmen aus diesem Investmentgeschäft – waren im Fall Enron um ein Vielfaches höher als die Einnahmen der Wirtschaftsprüfer und -berater.

Einen Ehrenplatz in dieser Ganovengeschichte nimmt die Deutsche Bank ein. Zusammen mit der Investmentfirma Donaldson, Lufkin & Jenrette legte sie 1998 Anleihen für den Enron-Ableger Marlin auf. Dabei kamen die beiden Banken erstmals auf die Idee, die Anleihen mit Hilfe von Enron-Terminkontrakten abzusichern. In den Bilanzen tauchen Anleihen nicht mehr als die Kreditfähigkeit beeinträchtigende Größe auf, sondern ganz im Gegenteil als positiv bewertete "Derivate". Von den Risiken dieser Kapitalzuflüsse erfuhren die Aktionäre nichts. (A.a.O.) Natürlich nicht, denn hätten die einfachen Investoren gewusst, dass die Partnerfirmen nicht dazu da waren, um auf eigenen Füßen zu stehen, sondern um die Schulden von Enron zu verstecken und für Enron frisches Kapital zu beschaffen, hätte der einfache Investor weder diese Bonds gezeichnet noch weiter Enron-Aktien gekauft. Aber die Investmentbanken, die den Deal ja organisierten, kannten natürlich den wunden Punkt und machten es trotzdem. Warum? Die Banken gingen offenbar davon aus, dass sie mit ihrem Partnerfirma-Anleihen-Trick das Perpetuum Mobile der Kapitalbeschaffung und Provisionsschneiderei entdeckt hatten. Denn so lange niemand dahinter kam und so lange die Derivate weiter stiegen, konnte in der Tat nichts schief gehen. Natürlich sind sich die Banker keiner Schuld bewusst, "alles legal". Die Deutsche Bank will sich zu ihrer besonders innovativen Rolle bei der Geldbeschaffung für Enron nicht äußern.

Alle großen Wall Street-Banken haben Deals mit Enron durchgezogen, allen voran J.P. Morgan Chase, die nun auch nach der Aufdeckung des Schwindels die größten Verluste zu beklagen hat. Der Fall dieser führenden Bank ist symptomatisch

für den Sumpf des neoliberalen Finanzwesens. 1999 hatte die Bush-Regierung in einer ihrer ersten größeren Gefälligkeiten gegenüber dem Big Business den "Glass-Steagall Act" von 1933 aufgehoben, der die Trennung von Handels- und Investmentbankgeschäften vorschrieb. Hinter dem Gesetz stand der Gedanke, dass eine Bank, die mit Krediten in einem Unternehmen involviert ist, diesem gegenüber keine unabhängige Investmentpolitik betreiben würde – möglicherweise gar Investoren nicht mehr der Wahrheit entsprechend über das Unternehmen informieren würde. Befreit von dieser lästigen Vorschrift engagierte sich J.P. Morgan auf allen Ebenen bei und mit Enron: Sie legte Anleihen der Firma auf, handelte mit ihren Finanzprodukten, kaufte ihre Aktien, installierte ein Analyseteam, das Enron ständig zu untersuchen und darüber die Öffentlichkeit zu informieren hatte, und gleichzeitig gewährte die Bank ihrem Partner in Texas Kredite in Milliardenhöhe. Wen wundert es, dass die renommierte Investmentbank noch im November 2001, als sie wissen musste, dass die Enron-Blase geplatzt war, für ihre Kunden und die ganze Geschäftswelt die Enron-Aktie mit dem Qualitätssiegel "Kaufen" versah? (Business Ethics, 20.2.2002). Das Manöver hat nicht viel geholfen. J.P. Morgan hat einen Enron-Verlust von 2,6 Milliarden Dollar zu beklagen. Deutsche Enron-Partner kommen da vergleichsweise billig weg: Die Bayerische Landesbank muss über 100 Millionen Dollar abschreiben, die Hypovereinsbank und die Dresdner Bank jeweils 113 Millionen Dollar, die Deutsche Bank bleibt wie immer lieber vage und rechnet mit einem "zweistelligen Millionenverlust". (HB, a.a.O.) Vielleicht hat sie da aber schon ihre Profite aus den Investmentprovisionen abgezogen.

J.P. Morgans Untreue gegenüber Kunden und Öffentlichkeit war nicht etwa die Ausnahme. Noch am 29. November 2001, drei Tage vor der Anmeldung des Konkurses und acht Wochen, nachdem die Börsenaufsicht mit ihren Ermittlungen begonnen hatte, feierte das Gros der Wall Street-Analysten das Schwindel-Papier. Sechs stufte die Enron-Aktie als "starken Kauf" ein, zwei als "Kauf". Sechs empfahlen, sie zu "halten", nur einer gab den Rat "verkaufen". (FTD, 21.3.02) Wie wenig es sich dabei um Fehler durch Falschinformation seitens des analysierten Unternehmens handelte, beweist das Schicksal des einzigen Analysten, der schon frühzeitig, nämlich im August 2001, vor der Enron-Aktie gewarnt hatte. Daniel Scotto war zu diesem Zeitpunkt Co-Leiter des Analystenteams von BNP Paribas. Scotto war nicht irgendein Analyst, er war ein Star der Wall Street. Neun Jahre hintereinander war er vom Fachmagazin "Institutional Investor" zur Nummer Eins unter den Leitern von Analystenteams gewählt worden. Schon Anfang des Jahres hatte er einen kritischen Bericht über Enron geschrieben, den er auf Anweisung seiner Bank zunächst Enron vorlegen musste. Von dort kam die Analyse nie mehr zurück, sie blieb unveröffentlicht. Am 23. August nun stuft Scotto den Titel von "kaufen" auf "neutral" zurück. In der anschließenden Konferenzschaltung mit institutionellen Investoren rät er, das Papier "um jeden Preis zu verkaufen". Die Folge? Scotto wird zunächst die Leitung des Analystenteams entzogen, er wird für 120 Tage in bezahlten Urlaub geschickt, im Dezember schließlich entlassen, wegen "Mängeln sowohl in seiner Leistung als Manager als auch in seiner Effizienz als Co-Leiter". (A.a.O.) Das Feld beherrschen nun wieder die effi-

## **25 Milliarden Dollar-Klage gegen Wall Street-Banken Auch die Deutsche Bank am Enron-Betrug beteiligt**

*Die Schadensersatzklage von Enron-Aktionären, die sich bisher gegen Enron, dessen leitende Manager und den Wirtschaftsprüfer Arthur Andersen gerichtet hatte, wurde auf die wichtigsten Finanzinstitutionen der USA ausgedehnt. Am 8. April 2002 reichte die Kanzlei Milberg Weiss Bershad Hynes & Lerach, die schon das Zwangsarbeiterverfahren gegen deutsche Firmen zum Erfolg geführt hat, Klage ein vor dem Federal District Court in Houston/Texas. Die 25 Milliarden-Dollarklage richtet sich gegen J.P. Morgan Chase, Citigroup, Credit Suisse First Boston, Canadian Imperial Bank of Commerce, Merrill Lynch, Bank of America, Barclays Bank, Deutsche Bank und Lehman Brothers.*

*Diesen führenden Geschäfts- und Investmentbanken wird in der 501 Seiten starken Klageschrift mit detaillierten Belegen vorgehalten, dass sie wissentlich an dem Enron-Betrug teilgenommen haben. "Anstatt die Öffentlichkeit vor dem Enron-Betrug zu schützen," erklärte William S. Lerach, der federführende Klageanwalt, "haben die Banker sich bewusst dazu entschlossen, Partner beim Betrug zu werden. Sie waren nicht nur bereitwillige Teilhaber, sie waren Profiteure der Täuschung."*

*Nach den Unterlagen der Kläger haben die neun Banken wiederholt umfangreiche Manöver durchgeführt, um Millionen Dollars in bar an Enron und dessen große Gruppe von Unterfirmen gelangen zu lassen.*

*Bei allen Transaktionen war es darum gegangen, Enrons Profite unstatthaft zu erhöhen und Schulden zu verstecken. Bei vielen dieser Aktionen haben höhere Bankmanager geheime Investitionen in den Enron-Filialen getätigt, wofür sie schnelle und überhöhte Rückzahlungen von Enron erhielten.*

*Über die schon in den Kongress-Ausschüssen gesammelten Erkenntnisse hinaus dokumentiert die Klageschrift den Fall des Enron-Ablegers "LJM2" auf den Cayman Islands. Ende 1999 wurde diese Special Purpose Entity fast vollständig mit Finanzmitteln der Banken und ihrer führenden Manager ausgestattet. Diese Mittel – sowohl Kredite als auch direkte Investitionen – erlaubten es Enron, der karibischen Filiale in Scheingeschäften "Aktiva" aller Art zu verkaufen, was wiederum Enron dazu verhalf, jeweils zum Quartals- oder Jahresende fiktive große Gewinnzuwächse zu vermelden. Anschließend wurden die "Aktiva" wieder auf Enron umgebucht. Die jeweiligen Transaktionen schufen den Banken und Bankmanagern enorme Profite. Andere Operationen umfassten fiktive Geschäfte mit Naturgas, die in Wahrheit Bankkredite verschleiern sollten – auch dies führte zu riesigen Provisionen bei den Banken, während es die Probleme in den Enron-Bilanzen verdeckte. Die Deutsche Bank lehnt jede Stellungnahme zu ihrer Zusammenarbeit mit Enron ab. (Vgl. nytimes.com, 8.4.02)*

zienten Analysten, die bis auf wenige Ausnahmen das Papier bis zur Bekanntmachung der Pleite hochjubeln.

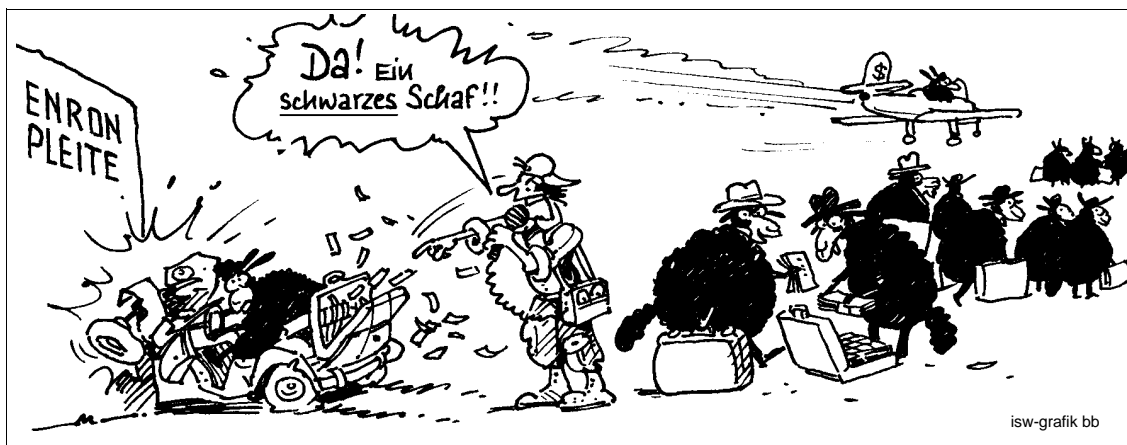
An dem offenkundigen Komplott zwischen Enron und Wall Street kommt mittlerweile auch das bisher so geduldige Washington nicht mehr vorbei. In einem Brief vom 6. März 2002 hält das "Komitee für Energie und Handel" des Abgeordnetenhauses den führenden Investmentbanken und Ratingagenturen schweres Fehlverhalten vor und fordert von ihnen detaillierte Angaben zu ihrer Zusammenarbeit mit Enron. In dem Schreiben an die Investmentfirmen – Merrill Lynch; Citigroup; Crédit Suisse First Boston; Goldman Sachs; J.P. Morgan Chase; Lehman Brothers; Morgan Stanley; Deutsche Bank North America; UBS Paine Webber; Wachovia – heißt es u.a.: "Die Untersuchung des Komitees hat bis jetzt ans Licht gebracht, dass die finanziellen Erklärungen von Enron gefälscht waren, um den Aktienwert künstlich in die Höhe zu treiben; dass Enron große Anleihen von Finanzinstitutionen als Derivate verbuchte, anstatt sie in der Bilanz als Schulden auszuweisen, womit die Firma ihre schwächer werdende finanzielle Leistungsfähigkeit verbarg; das Komitee hat Beweise vorliegen, dass das Geschäft der Finanzinstitutionen mit Enron verbunden war mit Investitionen in Enrons "special purpose entities" (SPEs); und dass Beschäftigten der verschiedenen Finanzinstitutionen die Möglichkeit angeboten wurde, in diese SPEs zu investieren, und dass sie dies auch taten." (Committee News Release, 6.3.2002)

Der unverhohlene Vorwurf des Parlamentsausschusses lautet: Die Investmentbanken haben mit Enron gemeinsam das Drehbuch zu dem gigantischen Schurkenstück geschrieben, weil sie der größte Nutznießer waren. So hatte Merrill Lynch für Enron Aktien und Anleihen für mehr als 3,7 Milliarden Dollar vermittelt. Terminkontrakte zwischen Enron und einer einzigen Firma – Mahonia – beliefen sich auf 2,2 Milliarden Dollar, für die Erledigung dieser einen Geschäftsbeziehung kassierte Morgan Chase von Mahonia 100 Millionen Dollar. Citigroup, Crédit Suisse, Morgan Chase, Lehman Brothers, Morgan Stanley, Wachovia gelten jetzt schon als überführt, Anleihen als Terminkontrakte verbucht haben zu lassen. Merrill Lynch, Crédit Suisse, Deutsche Bank und Wachovia haben erwiesenermaßen in die SPEs von Enron in-

vestiert. Bei Merrill Lynch waren gar fast 100 Manager persönlich mit Einlagen in einer karibischen Enron-Firma mit dabei. (A.a.O.)

Nicht weniger deutlich sind die Abgeordneten in ihrem Brief an die Ratingagenturen, die spezialisiert sind auf die Prüfung der Kreditwürdigkeit und der Zukunftschancen von Unternehmen. Ohne Umschweife weisen die Politiker auf die offene Wunde: "Als Ratingagentur haben Sie die Möglichkeit, Informationen von den Firmen zu erhalten, die anderen Analysten nicht gegeben werden, weshalb die Einstufungen von Ratingagenturen so außerordentlich wichtig sind für Anleger. Erstaunlicherweise hat Ihre Ratingagentur Enrons Kreditfähigkeit nicht unter den "Investment-Status" herabgestuft bis zum 28. November 2001, ein paar Tage, bevor Enron Konkurs anmeldete." (A.a.O.) Vorsorglich setzt sich der Untersuchungsausschuss schon mit den üblichen Alibis der Analysten auseinander. Wenn Enron die Auskunft zu bestimmten Bereichen verweigert haben sollte, wieso sah sich Ihre Firma dann dennoch imstande, eine öffentliche und positive Bewertung vorzunehmen? Wenn Sie keine Informationen hatten über die SPEs der Firmen, wieso haben Sie dann nicht danach gefragt, da es ja eine bekannte Tatsache war? Was sagen Sie zu der Information, dass Wall Street-Banken am 9. November 2001 auf die Ratingagentur Moodys, die an diesem Tag eine neue Bewertung von Enron herausgeben wollte, enormen Druck ausübten, kein negatives Urteil zu fällen? Tatsächlich hat Moodys seine positive Bewertung beibehalten.

Im übrigen deuten die spät erwachten Volksvertreter auf die Problematik hin, dass Ratingagenturen gleichzeitig auch Berater der von ihnen überprüften Firmen sind, und dass sie für ihre Einstufungen von den Firmen Honorar erhalten. Die Ausschüsse in Washington kommen bei ihren Untersuchungen nicht umhin, den Fall Enron als einen Test des ganzen Wirtschafts- und Finanzsystems zu behandeln. Dass sie dies nur langsam und widerwillig tun, ist verständlich. Denn Washington, die politische Macht, ist selbst Teil dieses Betrugssystems, der es womöglich nicht mal durch weitere Kriege gegen den Terror schafft, unerkannt und ungestraft davon zu kommen.





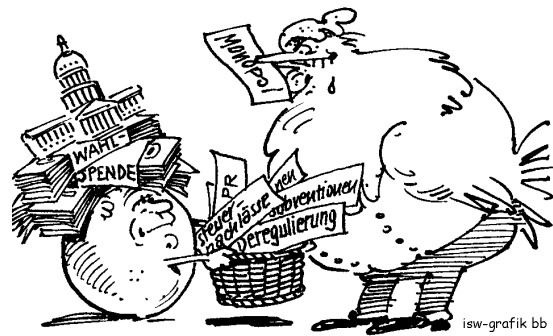
## Enron und Bush: wer machte wen?

### 1. Enron kauft die Politik

Als das Enron-Empire Ende 2001 mit Getöse zusammen brach, versuchte das Weiße Haus, sich still aus dem Staub zu machen. Präsident Bush tat, als kenne er kaum den Namen des Enron-Chefs Kenneth Lay und nannte ihn "einfach einen Unterstützer" seiner politischen Ziele. Finanzminister O'Neill sah in der Enron-Pleite gar den "Genius des Kapitalismus" walten, wo Unternehmen kommen und gehen und die Wirtschaft im allgemeinen floriert. (Jesse Jackson, a.a.O.) Die Täuschungsmanöver halfen nichts. Schnell wurde klar, dass Bushs politische Karriere ohne die Zuwendungen von Enron nicht denkbar wäre, und dass Regierung und Kongress in Washington eine Art politische Unterabteilung des Energiekonzerns darstellen. Nach Überprüfung der offiziellen Spendenlisten stellte sich heraus, dass Enron der größte einzelne Spender in der Politikarriere des George W. Bush ist. Für die Gouverneurswahlkämpfe in Texas und den Präsidentschaftswahlkampf 1999/2000 erhielt Bush von Enron direkt und persönlich 736.800 Dollar. (The Center for Responsive Politics, News Alert 9/11/01: Enron) Als Bush den Wahl-Schwindel in Florida durchzufechten hatte – wären die Stimmen rechtmäßig gewertet worden, wären die Wahlmänner Floridas an Gore gegangen und dieser wäre der neue US-Präsident geworden – spendete Enron auch für den "Bush-Cheney 2000 Recount Fund" und sorgte mit dafür, dass diese entscheidende Nachzählkampagne von einem der ersten Politmanager des Landes organisiert wurde, von James Baker III. Baker war Außenminister unter Bush Senior gewesen und wurde, nachdem Bill Clinton den ersten Bush aus dem Amt hievte: Berater von Enron, für das er v.a. die internationalen Gas- und Öldeals einzuleiten hatte. Es sei denn, er musste dafür sorgen, dass die Ölindustrie ihren eigenen Präsidenten durchsetzte, was Baker dann auch erfolgreich erledigte. Bakers Stellvertreter in der Florida-Kampagne war Robert Zoellick, zu diesem Zeitpunkt im Hauptberuf ebenfalls Enron-Berater. (The Company Presidency. Los Angeles Times, 10.2.2002)

Das war aber längst nicht alles, was Enron für George W. Bush leistete. Dessen Wahlkampfberater Edward Gillespie stand auf der Lohnliste von Enron, er gehörte zu den wichtigsten der über 100 hauptamtlichen Lobbyisten der Firma in Washington. In den ersten neun Monaten des Jahres 2001 kassierte Gillespie von Enron 525.000 Dollar für die Pflege des engen Drahtes zum Weißen Haus. (HB, 28.1.02). Die Kollaboration der jüngsten Zeit zwischen Bush und Enron war indes nur der aktuelle Ausdruck einer schon lange währenden engen Verbundenheit. Schon für den ersten Bush war Enron einer der größten Wahlkampfspender. Als 1990 der G7-Wirtschaftsgipfel in Houston stattfand, ernannte der damalige Präsident George Bush den Enron-Chef Lay zum Co-Vorsitzenden des Gastgeber-Komitees. 1992 wurde Bush erneut zum Präsidentenkandidaten der Republikaner gewählt – Vorsitzender des Gastgeberkomitees der "Convention", die Bush zum Kan-

didaten kürte, war Kenneth Lay von Enron, der dann auch Co-Vorsitzender der Wahlkampagne von Bush wurde. Als der junge Bush es 1994 zum Gouverneur in Texas brachte, wurde Lay Vorsitzender des "Wirtschaftsrats" des Bundesstaates. Über die Jahre erhielten Politiker des Bush-Teams von Enron zwischen 20 und 30 Millionen Dollar. (Los Angeles Times, a.a.O.) Die Zusammenarbeit fand ihren Höhepunkt in der feierlichen Amtseinführung von George W. Bush, für die Enron noch einmal 300.000 Dollar locker machte. (The Center for Responsive Politics, a.a.O.)



Was war eher da? Das Bush-Ei oder das Enron-Huhn?

Als der Enron-Skandal Ende 2001 nicht mehr zu unterdrücken war, behauptete der Präsident, er habe Enron-Chef Lay überhaupt erst nach seinem Wahlsieg zum Gouverneur von Texas 1994 kennen gelernt. Im Wahlkampf damals habe Lay noch seine Gegenkandidatin Ann Richards unterstützt. In Wahrheit hatte Lay Bush drei mal so viele Spenden zukommen lassen wie Richards. Zur ganzen Wahrheit gehört darüber hinaus, dass Bush und Lay nicht nur von den ersten Gouverneurstagen an eine stabile Kommerz-Politik-Allianz geschmiedet hatten, sondern dass die beiden schon zuvor Partner im Ölgeschäft waren. 1986 betrieb die "Spectrum 7", deren Vorsitzender und Großaktionär George W. Bush war, mit der Enron Oil and Gas eine gemeinsame Förderanlage für Öl und Gas im Belspec Fusselman Field in Texas. Eine ebensolche Partnerschaft war "Spectrum 7" schon im Jahr zuvor, im Mai 1985, mit einer Tochterfirma der InterNorth eingegangen, die kurz darauf mit der Houston Natural Gas zur Enron fusionierte. Lay war Chef der großen Enron, Bush Vorsitzender der relativ kleinen "Spectrum 7", die Ende 1986 ihren Besitzer wechselte – jetzt übernahmen der Wall Street-Spekulant Soros, der Saudi Abdullah Taha Baksh und die Harvard Management Corporation das Ruder. George W. Bush wurde zum Berater der Firma namens Harken Oil berufen, für ein Jahreshonorar zwischen 50.000 und 120.000 Dollar. Außerdem erhielt er Aktien der neuen Firma im Wert von 600.000 Dollar. (The Nation, 7.3.02) Am 22.6.1990 verkaufte der Berater Bush seine Harken-Aktien, eine Woche bevor Harken einen Quartalsverlust von 23,2 Millionen Dollar meldete. Die Aktien verloren innerhalb der nächsten sechs Monate 60 Prozent ihres Wertes, aber Bush hatte ja längst verkauft und einen Profit von 200 Prozent gemacht. "Harken war Enron en miniature." (William Rivers Pitt, truthout, 17.1.02)

Sowohl die Person Lay als auch die Enron-Verfahrensweise sind Bush also seit langem bekannt. Da waren Partner an der Arbeit, die das gemeinsame Werk zu Männerfreunden gemacht hat. 1997 schrieb George W. Bush dem Enron-Vorsitzenden zum Geburtstag: "Lieber Ken! Eines der traurigen Dinge über alte Freunde ist, dass sie offenbar anfangen, älter zu werden – so wie Du! 55 Jahre alt. Wow! Das ist wirklich alt. Gott sei Dank hast Du eine junge, schöne Frau. Laura und ich schätzen unsere Freundschaft mit Dir sehr. Die besten Wünsche an Linda, Deine Familie und Freunde. Dein jüngerer Freund, George W. Bush." (The Smoking Gun, 22.2.2002). Ist der Präsident von Herzen, Scheckbuch und Geschäftstradition dem Enron-Boss Lay zugetan, so sind die Verbindungen eines großen Teils seiner Regierungsmannschaft kaum weniger innig:

- Enron-Berater Zoellick wurde Handelsbeauftragter der Regierung, als solcher u.a. zuständig für WTO und G7-Konferenzen.

- Enron-Aufsichtsratsmitglied Lawrence Lindsay wurde ökonomischer Chefberater des Präsidenten.

- Enrons ehemaliger Vize-Chef Thomas White wurde Armee-Minister.

- Justizminister John Ashcroft wie auch sein Stabschef David Ayres sahen sich wegen zu enger "persönlicher Verbindungen" außerstande, an dem Ermittlungsverfahren gegen Enron teilzunehmen; die Befangenheit rührt von Geldzuwendungen her, Ashcroft hatte von Enron rund 61.000 Dollar angenommen.

- Clay Johnson, ein früherer Anwalt von Enron in Houston, wurde Personalchef des Weißen Hauses.

- Ted Kassinger, bis dahin Enron-Berater, wurde zum Chefberater des Handelsministeriums ernannt.

- Patrick H. Wood III, ein Enron- und Bush-Partner aus alten Texas-Tagen, wurde von Bush auf Vorschlag von Lay zum Chef der Energiekontrollkommission des Bundes (FERC) ernannt.

- Harvey Pitts wurde von Lay ausgewählt für die Position des Vorsitzenden der Börsenkontrolle (SEC) und von Bush ernannt. (Pitt, a.a.O.)

- Vizepräsident Cheney, zuvor Chef des Energiekonzerns Halliburton und Enron-Großaktionär, war zuständig für das neue Energiekonzept der Regierung und besprach die neuen Gesetze mit Lay und anderen Enron-Managern mindestens sechs Mal; der Vizepräsident weigert sich bis heute, dem Kongress die Akten über diese Gespräche herauszugeben.

- Mindestens fünfzehn hochrangige Mitglieder der Bush-Administration besaßen größere Aktienpakete von Enron, darunter Verteidigungsminister Rumsfeld. Armeeminister White besaß Enron-Aktien im Wert von 50 bis 100 Millionen Dollar. (HB, 14.1.02; Los Angeles Times, a.a.O.)

Präsident, Vizepräsident, Kabinetts, hochrangige Fachleute der Regierung – alles Enron-Partner. Doch hat der Energiekonzern nicht einseitig die Exekutive bevorzugt, auch die Legislative wurde angemessen bedacht. 94 der 100 Mitglieder des US-Senats – also 94 Prozent – meldeten, dass sie Zuwendungen von Enron bekommen haben, ebenso wie 186 Mitglieder des Abgeordnetenhauses (43 %). (The Center for Responsive Politics,

www.opensecrets.org, 24.1.02) Aparterweise gehört zu den von Enron und dessen Wirtschaftsprüfern dotierten Parlamentariern auch Billy Tauzin, der für den Energie- und Handelsausschuss des Abgeordnetenhauses den wichtigsten Untersuchungsausschuss zum Enron-Skandal leitet. Tauzin entspricht dabei dem allgemeinen Bild der Mitglieder seines Ausschusses. Immerhin haben 51 der 56 Mitglieder des Ausschusses für Energiefragen Spenden von Enron angenommen. Aufschlussreich ist auch, dass der frühere Senator von Michigan, Spencer Abraham, auf dieser Geldliste stand – Abraham ist jetzt Energieminister der Bush-Regierung. (Accounting Industry. www.opensecrets.org, 30.1.02) Im übrigen haben sich auch der Justizminister von Texas sowie die gesamte Staatsanwaltschaft von Houston/Texas in der Ermittlungssache Enron wegen zu "großer Nähe" für befangen erklärt. Die Republikanische Partei sieht bundesweit danach, die Kosten des Enron-Skandals für Lay, Bush & Co zu minimieren – der Enron-Lobbyist Marc Racicot ist seit dem Wahlsieg Bushs neuer Parteichef der Republikaner. (FTD, 18.1.2002).

## 2. Die Politik macht für Enron den Weg frei

Die hohen Investitionen Enrons in Bush und die allgemeine politische Landschaftspflege haben geholfen, die Firma aus Houston aus einem lokalen Energieunternehmen zu einem global player zu machen:

- Noch im letzten Jahr ihrer Macht erlässt die alte Bush-Regierung 1992 ein Energiegesetz, das öffentliche Versorger verpflichtet, Strom von privaten Anbietern zu nutzen. Die Vorsitzende des zuständigen Regierungsausschusses; Wendy Gramm, lehnt es ab, dass die Regierung eine Aufsicht über den Energiehandel ausübt. Dies ist die Grundlage für den kometenhaften Aufstieg Enrons. Nach der Wahlniederlage Bushs wird Mrs. Gramm Direktorin bei Enron, ihr Mann, Senator Phil Gramm, bekommt unter allen Senatoren die höchsten Zuwendungen von Enron. (Common Cause, News 18.1.02) Der bisherige Außenminister Baker und der bisherige Handelsminister Mosbacher werden Berater von Enron. (The Company Presidency, a.a.O.)

- Die neue Clinton-Regierung hat zu entscheiden, welche Derivate unter öffentliche Kontrolle zu fallen haben. Die Terminkontrakte auf Energieprodukte, wie sie von Enron gehandelt werden, werden davon ausgenommen. Die zuständige Behördenchefin im Finanzministerium, Linda Robertson, wird nach vollbrachter Tat Direktorin des Washingtoner Büros von Enron. (Darren Duscass, Polaris Institute, 4.2.02)

- Das Oberste Gericht in Texas entscheidet grundsätzlich zugunsten von Enron. Seit 1993 waren sechs Enron betreffende Streitfragen vor das Gericht gebracht worden. Drei Verfahren waren von Enron-Gegnern eingebracht worden – das Gericht lehnte alle drei ab. Drei Verfahren brachte Enron vor, das Gericht verhandelte zwei davon und entschied beide im Sinne von Enron. In beiden Fällen wurden die Urteile unterer Gerichte revidiert. Seit 1993 hat Enron an oberste texanische Richter 134.058 Dollar gezahlt. (Common Cause, a.a.O.)

- 1997 erhielt Enron im Zuge der Deregulierung eine weitere Ausnahmeerlaubnis: Die Firma muss Schulden ihrer ausländischen Kraftwerke nicht mehr in ihren Büchern aufführen. Dies war der Startschuss für Enrons Strategie, ausländische Strohfirmen zum Verstecken der Konzernschulden einzurichten. (Business Ethics, a.a.O.)
- 1997 beginnt Enron mit Plänen, in Zentralasien Geschäfte mit Erdöl und Erdgas anzuschließen. Lay erinnert den damaligen Gouverneur Bush schriftlich daran, den Botschafter Usbekistans im Gouverneurspalast zu empfangen. "Ich weiß, Sie und Botschafter Safaev werden ein produktives Treffen haben, das zur Freundschaft zwischen Texas und Usbekistan führen wird", schreibt Kennyboy an George W. (Tim Wheeler, People's Weekly World Newspaper, 2.3.02)
- Solche Mahnungen aus der Konzernzentrale an den politischen Partner sind nichts Ungewöhnliches. Einen Monat vorher, im März 1997, hat Lay einen ähnlichen Brief an Gouverneur Bush geschrieben: "Der Kongress ist dabei, die Gesetzgebung hinsichtlich der Overseas Private Investment Corporation (OPIC) neu zu bestimmen. ... Wir bitten, dass Sie jedes Kongressmitglied in Ihrer Delegation kontaktieren und im Detail informieren, warum OPIC und Ex-Im Bank für unseren Staat so wichtig sind." Vielleicht sind die beiden Institutionen nicht so wichtig für den Staat Texas, aber für

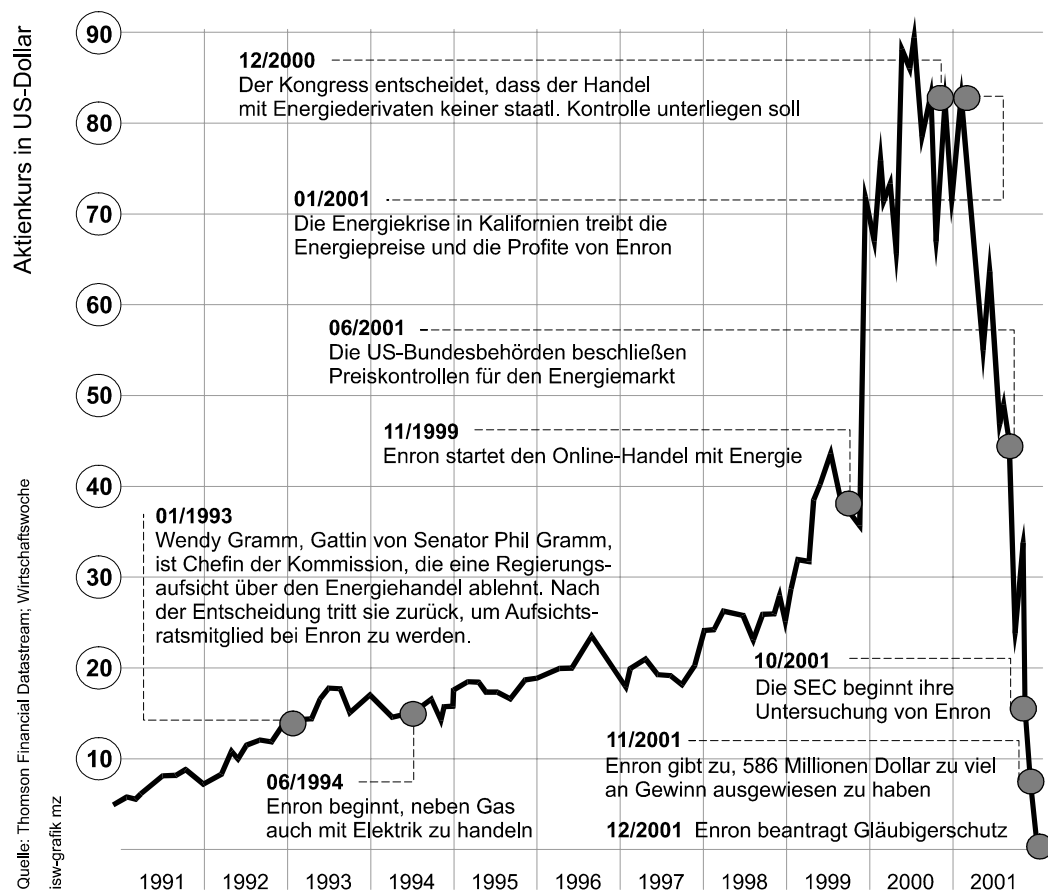
Enron sind sie es in der Tat. Denn sie vergeben Kredite und Bürgschaften für Auslandsinvestitionen. "Seit 1992", so die Los Angeles Times, "hat die OPIC 1,7 Milliarden Dollar für Enrons ausländische Geschäfte bereit gestellt und weitere 500 Millionen für Projekte zugesichert, die nicht zustande kamen. Die Export-Import Bank hat rund 700 Millionen Dollar in Enrons Auslandsvorhaben gesteckt." (The Smoking Gun, a.a.O.) 200 Millionen Dollar hat die OPIC z.B. an Enron vergeben, um eine Gaspipeline durch den bolivianischen Tropenwald zu legen. Der Kongressabgeordnete Ron Paul sagte damals: "Big Business steckt mit der Regierung unter einer Decke. Die Regierung will einen Angriff auf die Umwelt unterstützen." (Darren Puscas, Polaris Institute, 4.2.02)

■ Derweil stattete Gouverneur Bush die Enron-Anlagen rund um Houston mit ständig neuen Ausnahmeregelungen in Sachen Umweltschutz aus. Houston lief in diesen Jahren Los Angeles den Rang ab als die am meisten verschmutzte Metropole der USA. (Common Cause. News, 18.1.02)

■ 1999 hat Enron ein joint venture in Rumänien begonnen, um Erdgas in den Ploesti-Feldern auszubeuten. Lay mahnt Bush, den rumänischen Ministerpräsidenten zu empfangen und vergisst nicht, auf das Engagement von Enron in Rumänien hinzuweisen. (People's Weekly World Newspaper, 2.3.02)

## Aufstieg und Fall

wie aus einem Gashändler erst der siebtgrößte Konzern der USA wurde und dann der größte Konkurs



■ Im Jahr 2000 zahlte Enron nicht nur keine Bundessteuern, die Firma bekam 278 Millionen Dollar zurückgezahlt – als Prämie für an Mitarbeiter ausgegebene Firmenaktien. In den Jahren 1996 bis 2000 hat Enron, die Firma mit dem historisch schnellen Gewinnzuwachs, nur in einem einzigen Jahr Bundessteuern bezahlt. (Houston Chronicle, 16.2.02)

Der Kongress verabschiedet 2000 den von der Bush-Regierung vorgelegten "Commodity Futures Modernization Act", der Einschränkungen und Kontrollen für den elektronischen Handel mit Terminkontrakten festlegt, das weite Feld der Geschäfte von Enron aber ausnimmt. Entscheidenden Anteil für die Sache Enrons hat Senator Phil Gramm, der Ehemann der Enron-Direktorin Wendy Gramm, der im Laufe der Jahre von Enron offizielle Zuwendungen in Höhe von 97.350 Dollar erhalten hat. (Los Angeles Times, 2.1.02). Hatte Enron Online 2000 einen Umsatz von 42 Milliarden Dollar, so sprang er Dank der "Enron-Ausnahmeregelung" 2001 auf 100 Milliarden Dollar. (Common Cause, a.a.O.; Sozialismus 3/2002, S. 39)

■ Als Vizepräsident Cheney, nach sechs Treffen mit Lay und anderen Enron-Managern, 2002 den Entwurf für ein neues Energiegesetz vorlegt, kann die Energieindustrie mit Steuererleichterungen von 33,5 Milliarden Dollar, und auch mit dem Beginn von Ölbohrungen im Nationalpark von Alaska rechnen (FTD, 14.1.02), was Clinton noch verweigerte und Präsidentschaftskandidat Gore strikt ablehnte. Ist Enron auch umständehalber nicht mehr dabei, die Investitionen der Industrie in eine Öl-Regierung haben sich ohne Zweifel gelohnt.

## Katastrophe Privatisierung: Enron in Kalifornien

Im Januar 2001 gingen im Sonnenstaat Kalifornien die Lichter aus. Im Monat zuvor schon hatte der Staat Kalifornien, Heimat von Silicon Valley und Herz der New Economy, den Energienotstand ausgerufen. Cisco, Intel und die anderen Größen der High-Tech-Industrie schalteten Heizungen und Lichter aus und die Notgeneratoren an. Universitäten machten früher Ferien und schickten ihre Studenten nach Hause. Städte sahen aus wie in ganz alten Hollywood-Filmen, denn die Leuchtreklamen blieben dunkel. Die Menschen froren, die Produktion ging zurück, das gesellschaftliche Leben kam zum Stillstand. Gouverneur Davis fasste zusammen: "Es ist ein Albtraum." (Der Spiegel, 15.1.2001)

Nicht für ihn, für Jeffrey Skilling, den damaligen Chef von Enron. Auf einer Strategiekonferenz der Energieindustrie scherzte er: "Wissen Sie, was der Unterschied ist zwischen dem Staat von Kalifornien und der Titanic? Zumindest waren noch die Lichter an, als die Titanic unterging." (Polaris Institute, a.a.O.) Skilling hatte gut lachen, denn in Kalifornien waren zwar die Lichter aus-, aber die Träume von Enron endlich aufgegangen: die Deregulierung und Privatisierung des Energiemarktes. Dass die öffentlichen Stromversorger ihre Leitungen und Umspanner für die privaten Anbieter

öffnen müssen, was Bush-Cheney später für die ganzen USA gesetzlich vorschreiben wollen, das war in Kalifornien schon 1998 wahr geworden. Seitdem mussten die öffentlichen Stromversorger, die nun schrittweise privatisiert wurden, allen Strom, den sie nicht selbst herstellen können, an der "Power Exchange" kaufen. Diese Strombörse wurde von Enron im Verein mit einem halben Dutzend kleinerer Anbieter beherrscht.



isw-grafik bb

Als erstes schickten sich die privaten Anbieter an, die bisher öffentlichen Elektrizitätswerke zu ruinieren. Ganz im Gegensatz zur Propaganda der Privatisierer, wonach die Freigabe des Strommarktes zu mehr Wettbewerb und so zu niedrigeren Preisen führe, stiegen die Energiepreise explosionsartig an. Den früher staatlichen Unternehmen war eine Übergangsfrist bis 2002 eingeräumt worden, in der sie die Megawattstunde für 64 Dollar, knapp über dem Marktpreis von 1997, verkaufen konnten. Enron und Co. verknappten künstlich das Stromangebot, indem sie Kraftwerke zu "Wartungszwecken" still legten und ihre Kapazitäten erst im letzten Moment auf dem Markt anboten. So trieben sie den Preis schnell auf 307 Dollar, den die Stromversorger aber nicht auf ihre Kunden umlegen konnten, sie mussten bei den 64 Dollar bleiben. Folgerichtig gingen die zwei größten Unternehmen, Southern California Edison und Pacific Gas and Electric, Pleite. Die privaten Energieanbieter hatten nun völlig freies Feld, nach Belieben die Stromzufuhr zu drosseln und so die genervten Kunden weich zu klopfen für immer höhere Strompreise. Diese stiegen um 227 Prozent. Vor der Privatisierung des Marktes hatte Enron-Skilling versprochen, Kalifornien würde dadurch 9 Milliarden Dollar sparen. Nun stiegen die Gesamtkosten für Energie in Kalifornien in einem einzigen Jahr von sieben auf 27 Milliarden Dollar. "Kalifornien wurde durch die Preistreiberei ausgeblutet", berichtete die kalifornische Senatorin Barbara Boxer bei einer Anhörung im Senat. (Business Ethics, a.a.O.)

Mit den Preisen für Energie steigen Enrons Profite. Nicht nur in Kalifornien, auch in Massachusetts, New York, Pennsylvania und Washington setzt die Energieindustrie freie Märkte durch. In Oregon übernimmt Enron die Portland General Electric (PGE), das größte bis dahin öffentliche Unternehmen im Staat. Enron erhöhte die Tarife, "verdünnt"

te" die Belegschaft und schloss schließlich das Werk. 357 Millionen Dollar an Bundessteuern, die das Unternehmen an die Mutter in Houston übersandte, wurden dort eingesteckt und nie an den Bund weiter gegeben. (Polaris Institute, a.a.O.) Enrons Shareholder Value steigt 1998 um 40 %, im Jahr darauf um 58 % und 2000, im Jahr des Notstands in Kalifornien, um sagenhafte 89 Prozent. (Business Ethics, a.a.O.) Was gut ist für Enron, ist schlecht für seine Kunden und Beschäftigten und für den Staat.

Der Bundesstaat Kalifornien musste die Notbremse ziehen. Um sich dem Diktat der Stromproduzenten zu entziehen, hat der Staat für 43 Milliarden Dollar langfristige Lieferverträge abgeschlossen und den privaten Haushalten verboten, ihren Stromversorger frei zu wählen. Da nun aber nach der Enron-Pleite die Spotmarktpreise auf 30 Dollar pro Megawattstunde gefallen sind, die Stromunternehmen aber auf ihrem Garantiepries von 64 Dollar bestehen können, sind Staat und Verbraucher wiederum die Dummen.

## Katastrophe Globalisierung – Enron in Indien

Enron, der siebtgrößte Konzern der USA und Nr. 16 in der Welt, war von Anfang an ein Global Player. 1992 verlautbarte die Firma, sie würde in Dabhol im indischen Bundesstaat Maharashtra ein Gas-Kraftwerk bauen in der Größenordnung von 3 Milliarden Dollar. (Vgl. Pacific News Service, 8.2.02) Binnen fünf Jahren sollte das Werk ein Fünftel des gesamten indischen Energiebedarfs decken. Es war die größte einzelne ausländische Investition in Indiens Geschichte und galt als das Paradebeispiel der ökonomischen Liberalisierung des Landes.

Das Projekt war von Anfang an umstritten. Die Weltbank, sonst nicht gerade ein Bremser bei fragwürdigen ausländischen Direktinvestitionen, warnte, das Unternehmen würde zu kostspielig. Tatsächlich lagen die Preise später um 700 Prozent über dem Strom aus anderen Quellen (Albion Monitor, 28.2.02). Während die Weltbank keine Kredite geben wollte, war die US-Regierung mit einer Bürgschaft von 300 Millionen Dollar zur Hand. So konnte Enron das Projekt in bewährter Manier voran treiben. Laut Klage von indischen Bürgerrechtsgruppen wurde der indische Erdölminister 1992 und 1993 von Enron bestochen, damit das Werk mit Öl und Gas von den nahe gelegenen Feldern von Panna und Mukta beliefert werden konnte. Die Dabhol Power Corporation (DPC) gehörte Enron zu 65 Prozent, den Rest teilten sich die US-Multis General Electric und Bechtel und der State Electricity Board des indischen Bundesstaates.

Die Politik Enrons gegenüber der einheimischen Bevölkerung, die das Projekt vehement ablehnte, brachte den Texanern eine Überprüfung durch die Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" ein. Deren Bericht konstatiert, dass der Konzern für widerrechtliches Vorgehen von Polizei und Militär sowohl gesorgt als auch bezahlt hat: "DPC profitierte direkt von der offiziellen Politik, die

Widerstand unterdrückte und dabei das Recht missbrauchte; die die Führer des Anti-Enron-Protests und prominente Umweltschützer verfolgte, wobei die Praktiken der Polizei von willkürlich bis brutal reichten. Die Firma äußerte sich nicht zu Menschenrechtsverletzungen und wenn sie danach gefragt wurde, dann entschloss sie sich, das Ganze abzustreiten." (Polaris Institute, a.a.O.) An einzelnen Vorfällen führen Berichte von Human Rights Watch und Amnesty International auf, dass den Bauern Land gestohlen wurde, Wasserstellen ruiniert, Beamte bestochen und Gegner widerrechtlich inhaftiert wurden. 1997 überfiel die Staatspolizei ein Fischerdorf, dessen Bewohner mehrheitlich gegen das Kraftwerk waren. Die schwangere Frau eines der Führer des Protests wurde nackt aus ihrem Haus gezerrt und von Polizisten mit Stöcken geschlagen.

Die Informationen über das brutale kolonialistische Vorgehen der US-Firma empörten die indische und die internationale Öffentlichkeit, so dass das ganze Projekt gefährdet schien. Wieder war Washington zur Stelle. Die US-Regierung stellte eine Untersuchung über die Vorfälle in und um Dophal an, die von dem US-Botschafter in Indien, Frank Wisner, geleitet wurde. Der Bericht kommt zu dem abschließenden Befund, dass die Firma keinerlei Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Als Wisner 1997 seinen Botschafterposten in Indien aufgibt, wird er Vorstandsmitglied von Enron Oil and Gas, einer Tochter von Enron. (Pacific News Service, a.a.O.)

Die entscheidende Voraussetzung für die DPC, das ehrgeizige Ziel zu erreichen, ein Fünftel der Energie für den riesigen Zukunftsmarkt Indien zu liefern, war, billiges Öl oder Gas in ausreichender

### USA: Globalisierung à la Enron

*Enron, der betrügerische Transnationale Konzern, ist nicht nur ein Spiegelbild der US-Wirtschaft. Er widerspiegelt auch die Essenz der neoliberalen Globalisierung. Der Verantwortliche in der Bush-Regierung für internationale wirtschaftliche Fragen ist Robert Zoellick, vor seiner Regierungstätigkeit Berater für Enron. Zoellick ist verantwortlich für alle Fragen, die die WTO (Welthandelsorganisation) betreffen und bereitet für den Präsidenten die G7-Treffen vor.*

*Enrons Ziel der Deregulierung und der Privatisierung des öffentlichen Sektors versuchen die USA auch im internationalen Bereich durchzusetzen. Über die WTO soll ein neues General Agreement on Trade in Services (GATS) festgelegt werden, das auch den Bereich der Dienstleistungen, vor allem der Sozialleistungen und hier vor allem der Gesundheits- und Altersvorsorge, privatisieren und für internationale Firmen öffnen will. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die U.S. Coalition of Service Industries (USCSI), in der Andersen, Citigroup, J.P. Morgan Chase und General Electric mit den Ton angeben. Alle sind enge Partner und Komplizen von Enron gewesen, die Wirtschaftsprüfer und Banken stehen im dringenden Verdacht, an dem Jahrhundertbetrug von Enron beteiligt zu sein. Die Champions der Globalisierung sind hinreichend verdächtig, weder das Interesse ihrer Kunden noch das fremder Länder, die sie jetzt mit ihren Diensten noch intensiver beglücken wollen, im Auge zu haben.*

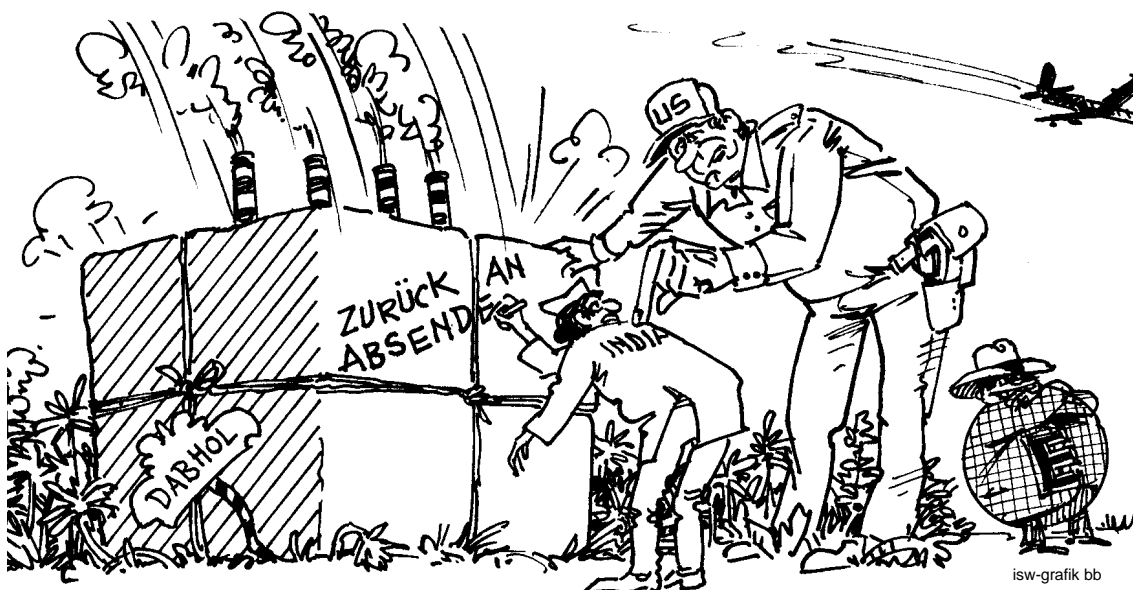
Menge zu dem Werk in Dabhol zu bringen. 1997 verkündete Enron den Plan, über eine Milliarde Dollar in den Bau von Pipelines von Dabhol zum zentralen indischen Pipelinenetz zu bauen. Gaszulieferer sollte die Qatar Gas and Pipeline Company sein, ein Staatsunternehmen in Qatar, mit dem Enron ein joint venture betrieb. Als das Qatar-Projekt 1999 wegen mangelnder Rentabilität beendet wurde, musste sich Enron nach einer neuen Quelle für große Mengen preiswerten Gases umsehen. Sein Blick fiel auf die gasreichste Region, die Gegend um das Kaspische Meer. (Vgl. dazu: Ron Callari: The Enron-Cheney-Taliban Connection? Albion Monitor, a.a.O.)

Im "Großen Spiel" in und um Zentralasien war allerdings ein Konzern-Kollege aus Houston, Unocal, weit voraus. Schon 1996 hatte Unocal Verträge mit allen anliegenden Regierungen, darunter auch den afghanischen Taliban, abgeschlossen, um eine Pipeline für Erdgas aus Turkmenistan über Afghanistan ins pakistanische Multan zu führen, nahe der Grenze zu Indien. In der "Central Asian Gas Pipeline" war Unocal die Nr. 1, kleinere Partner waren die saudi-arabische Delta Oil Company und Gruppen aus Japan, Korea, Indonesien, Pakistan und Turkmenistan. Doch seit 1998, als Al Qaida-Gruppen zwei US-Botschaften in Ostafrika bombardierten und die USA Cruise Missiles auf angebliche Bin Laden-Verstecke in den afghanischen Bergen feuerte, waren die Beziehungen gespannt. Die USA schauten sich nach anderen Pipeline-Routen um. (vgl. Fred Schmid/Conrad Schuler: Krieg ums Erdöl. isw-spezial 15)

Eine der neu diskutierten Routen lief vom Kaspischen Meer nach Westen an den türkischen Mittelmeerküsten Ceyhan. Mit der Durchführung der Machbarkeitsstudie beauftragte die "Trade and Development Agency": Enron. Turkmenistan unterzeichnete eine Einverständniserklärung, dass, falls diese Route gewählt würde, Bechtel und General Electric Capital Services die Pipeline bauen würden. (A.a.O.) Es waren also die selben Partner zusammen, die in Indien dringend auf ihr Erdgas warteten. Die Studie kam allerdings zu dem Ergebnis, dass die Kosten für diese Streckenführung

fast eine Milliarde Dollar höher liegen würden als bei der Pipeline durch Afghanistan. Zudem hatte man dort längst mit den Ingenieur-Plänen begonnen. Geld und Zeit sprachen für die Afghanistan-Pakistan-Lösung. Man musste nur noch mit dem Problem Taliban fertig werden.

Dafür, dass die neue Bush-Regierung in ihrer Politik gegenüber den Taliban stets die Interessen Enrons berücksichtigen konnte, war Sorge getragen. Am 22.2.01, kaum vier Wochen nach der Amtsübernahme, traf sich Vizepräsident Cheney zum ersten Mal mit Enron-Boss Lay und anderen Enron-Spitzenmanagern. Im selben Monat ergänzte die Arbeitsgruppe des Vizepräsidenten ihre energiepolitischen Vorschläge um Subventionen für Öl- und Gasgewinnung in Indien. Es folgten Treffen am 7.3. und 17.4. und so ging es im Monatsrhythmus weiter bis zum unseligen Enron-Ende im Herbst. Der Vizepräsident weigert sich bis heute, die Protokolle seiner Sitzungen mit Enron-Managern herauszugeben, weswegen ihn die zuständige Behörde des Kongresses gerichtlich belangt hat. Für die Missachtung des Kongresses hat Cheney offensichtlich zwingende Gründe. Nicht nur die allgemeine Energiepolitik wurde von Enron mitdiktiert, die Interessen des Konzerns flossen direkt in die Sicherheitspolitik. Als im Mai 2001 der indische Bundesstaat, weil ihm die Preise zu hoch waren, seine Zahlungen an Enron einstellte, richtete der Nationale Sicherheitsrat nach Informationen der Washington Post sogar eine "Dabhol Working Group" ein. Zur selben Zeit hat die US-Regierung immer noch mit den Taliban über den Bau der Pipeline verhandelt. (Vgl. Jean-Charles Brisard/Guillaume Dasique: Bin Laden: Die verbotene Wahrheit. München 2001) Würde nicht bald Gas aus Zentralasien fließen, wäre das indische Projekt Enrons am Ende. Die Bush-Regierung hatte den Taliban bereits 43 Millionen Dollar wegen angeblicher Vernichtung von Opium-Pflanzungen zukommen lassen. Am 2. August 01 traf Christina Rocca, Chefin der Abteilung Zentralasien im US-Außenministerium in Islamabad den afghanischen Botschafter in Pakistan. Nach dem Treffen sagte Rocca, die Taliban wären sich der starken



Ok, ok ich hol's wieder ab. Aber vorher wird die komplette Sendung bezahlt, ist doch klar!

Bereitschaft der USA bewusst, dem afghanischen Volk zu helfen, und auch der Tatsache, dass noch für dieses Jahr Hilfszahlungen über 132 Millionen Dollar vorgesehen wären.

Wenige Wochen später jedoch kam die Kooperation Bush-Taliban an ihr Ende. Zwar hatten die Taliban mit der Erlaubnis für das Internationale Rote Kreuz, inhaftierte ausländische Entwicklungshelfer zu besuchen, weiteres Entgegenkommen signalisiert, aber in der entscheidenden Frage wollten sie nicht nachgeben. Sie bestanden darauf, dass die USA sich im Gegenzug für die Pipeline-Genehmigung am Wiederaufbau Afghanistans beteiligen sollten, und vor allem dass die Pipeline offen sein sollte für eine Inanspruchnahme vor Ort in Afghanistan. Dies lehnten die USA kategorisch ab und griffen stattdessen zu ihrer anderen Option, dem Krieg gegen den Terror.

Für Enron war dies bitter. Zeitverzögerungen konnte die Firma, deren Chefs längst wussten, dass ihr Betrugssystem jeden Tag auffliegen konnte, gar nicht gebrauchen. Lay verlangte nun in einem Artikel in der Financial Times, dass Indien die gesamten Investitionskosten von 2,3 Milliarden Dollar an Enron zurückzahlen müsste: "Es gibt Gesetze, die die US-Regierung davon abbringen könnten, zukünftig noch irgend welche Hilfe an Indien zu geben, wenn dieses in der Tat das Eigentum von US-Unternehmen enteignet." (zitiert nach: Albion Monitor, a.a.O.) In einem Brief an den indischen Premierminister legte Lay noch nach, eigentlich beliefe sich der legale Anspruch von Enron auf bis zu 5 Milliarden Dollar.

Lays Pech war, dass seine Partner in Washington seine Drohung nicht mehr wahr machen konnten. Am 8. November 2001 musste er angesichts der drohenden Entlarvung durch die Börsenaufsicht mit einem Teil der Wahrheit herausrücken und offenbaren, dass Enron über die Jahre hinweg seine Gewinne um Hunderte Millionen Dollar zu hoch angegeben hatte. Im Wust der Enron-Dokumente findet sich eine e-mail vom selben Tag – Absender und Empfänger sind geschwärzt, die Kategorie: "Importance: High" ist noch zu lesen – die über die Konsequenzen der neuen Lage Auskunft gibt: "Präsident Bush kann, wie schon erwähnt, die Frage Dabhol nicht anschneiden." Darüberhinaus gibt die Information den traurigen Bescheid, dass auch der frühere Enron-Berater Lindsay, jetzt ökonomischer Berater des Präsidenten, davon Abstand nehmen muss, das Enron-Thema aufzugreifen.

Doch auch in dieser schwarzen Zeit hält die Achse Washington-Houston. Im Dezember 2001 entlässt Enron die letzten 300 Arbeiter in Dobhal und verklagt den indischen Staat auf 200 Millionen Dollar. Mitkläger ist die US-staatliche Overseas Private Investment Corporation. Sowohl Vizepräsident Cheney als auch Finanzminister O'Neill und Handelsminister Don Evans setzen sich bei führenden indischen Politikern dafür ein, dass der Betrugskonzern die Millionen erhalten soll. (Pacific News Service, a.a.O.). Andernfalls seien andere US-Investitionen in Indien gefährdet.

Ist das Resultat dieser Intervention höchst ungewiss, so steht der Erfolg des Eingriffs in Afghanistan schon fest. Die Taliban sind von der Macht vertrieben, die USA haben eine Unocal-Regierung eingesetzt. Der neue Ministerpräsident Hamid

Karzai war zuvor Berater von Unocal. Dies war auch der neue Sonderbotschafter der USA in Afghanistan, Zalmay Khalilzad. Ihr Wirken trägt Früchte. Am 8.2.2002 haben sich Karzai und der pakistanische Staatschef darauf geeinigt, den alten Plan einer Gaspipeline aus dem Iran über Afghanistan nach Pakistan zu realisieren. Tags darauf hat Turkmenistans Sprecher seine Zuversicht geäußert, bald mit dem Bau ihrer Linie durch Afghanistan beginnen zu können. Nicht mehr lange, und das Gas aus Zentralasien kommt in Indien an. Zu spät für Enron, aber ebenso qualifizierte ausländische Investoren stehen schon bereit.

## **Shareholder Value – Verrat an Belegschaften und Kleinaktionären**

"Ich glaube an Gott, und ich glaube an den freien Markt", lautet das Lebensmotto von Enron-Boss Kenneth Lay. Und ganz besonders fest glaubte er daran, dass der freie Markt dazu da ist, einen möglichst hohen Shareholder Value zu erzielen. Wirtschaftlicher Erfolg war für Lay wie für alle Propheten des neoliberalen Kapitalismus an nichts anderem als am Gewinnzuwachs für Aktionäre über Kurssteigerungen und Dividendenausschüttungen zu messen. Und in dieser Disziplin waren Enron und Lay in der Tat überaus erfolgreich. Von 1991 bis 1999 brachten sie den Enron-Kurs von 8 auf 40 Dollar, schon dies eine prächtige Leistung. Dann, die Bush-Regierung kam ans Ruder, sprang die Aktie binnen eines Jahres auf 90 Dollar. Wer den Shareholder Value für das Maß aller Wirtschaftsdinge hält, kommt nicht umhin, sich vor dem Meister aus Houston zu verbeugen.

Das erste Opfer der kriminellen Shareholder Value-Strategie Enrons war die Belegschaft. In einer Strategiekonferenz verkündete Topmanager Skilling, der später für kurze Zeit oberster Chef werden sollte, 1997 den Grundsatz: "Sie müssen die Kosten rücksichtslos um 50 bis 60 Prozent senken. Entvölkern Sie. Werden Sie die Leute los. Die verstopfen nur die Arbeit." (Polaris Institute, a.a.O.) Lay und Skilling, der sein Handwerk beim Unternehmensberater McKinsey gelernt hat, führten jedes halbe Jahr "rank and yank"-Sitzungen durch, wo die Abteilungsleiter ihre Mitarbeiter einzeln einzuschätzen hatten. Die schwächsten fünf Prozent wurden aussortiert, sie durften bei der unternehmensinternen Stellenvermittlung, "office of shame", Büro der Schande genannt, um eine neue Stelle bitten. (SZ, 28.2.02). Gewährt wurde die Bitte wohl nur selten in einem Unternehmen, das in jedem Geschäftsbericht als Grundsatz herausstellte: "Wir bestehen auf Ergebnissen." Die besten fünf Prozent der Mitarbeiter wurden von den Chefs übrigens mitgenommen auf Abenteuertrips nach Mexiko, Patagonien oder Australien. Ganz wenige erhielten noch weit höhere Zuwendungen. So verschaffte Skilling seiner Sekretärin einen Enron-Posten mit einem Jahresgehalt von 600.000 Dollar. Anschließend heiratete er sie. Aber nicht des Geldes wegen – vor seinem plötzlichen Ausscheiden bei Enron im August 2001 veräußerte er

sein Paket von Enron-Aktien mit einem Netto-profit von vier Millionen Dollar. ([www.enron-fraud.com](http://www.enron-fraud.com))

So wie Skilling verfuhr alle Topmanager mit ihren Enron-Aktien. Die 29 obersten Vorstände und Direktoren veräußerten vom Oktober 1998 bis November 2001 Enron-Aktien im Wert von über einer Milliarde Dollar. Wie es sich gehört, führt der Gründer und Chef Kenneth Lay die Liste mit 180 Millionen Dollar an. Finanzchef Andrew S. Fastow erhielt für sein Aktienpaket 30 Millionen Dollar und zusätzlich 30 Millionen für seine effektive Handhabung der Special Purpose Entities, der 3.500 Schwindelfirmen in aller Welt. Zu den Millionenprofiteuren gehören selbstverständlich auch Wendy Gramm, die 1993 als Chefin der Regierungskommission eine staatliche Aufsicht über

den Energiehandel ablehnte und damit den Aufstieg Enrons in die höchste Spielklasse der Shareholder Value-Player bewirkte, wie auch der Armeeminister von George W. Bush und frühere Enron-Direktor White, der einen Erlös zwischen 50 und 100 Millionen Dollar erzielte. (A.a.O.) Der Fall Enrons hat die Big Shots, die großen Tiere, also nicht nur nicht beschädigt, sie waren vielmehr klug und informiert genug, ihren Shareholder Value rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Little Guys indes, die kleinen Leute von Enron, wurden mit in die Tiefe gerissen. Die 22.000 Beschäftigten, die sich im "rank and yank"-Terror über die Jahre mit höchstem Einsatz behaupten konnten, sind jetzt nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch den größten Teil ihrer Altersversorgung los. Wie in Hunderten anderen US-Betrieben auch, wurde die Altersvorsorge bei Enron über den sogenannten "401k Plan" geregelt. Bis zu 15 Prozent des Gehalts – maximal 10.000 Dollar – können jährlich einkommensteuerfrei in diese betrieblichen Pensionsfonds eingebracht werden. Das Unternehmen zahlt zu jedem eingezahlten Dollar 50 Cent dazu. (HB, 14.1.02). Für die Firma bietet das Verfahren mehrere gravierende Vorteile. Erstens entfällt der Arbeitgeberbeitrag zur Altersversicherung. Zweitens erhält die Firma einen Steuer-rabatt für die in solchen Pensionsfonds platzierten Mitarbeiteraktien. Bei Enron betrug er im Jahr 2000 rund 280 Millionen Dollar. (Houston Chronicle, 16.2.02). Diese Steuernachlässe waren einer der wesentlichen Faktoren dafür, dass Enron in den letzten fünf Jahren nur ein einziges Mal Bundessteuern zu zahlen hatte. Drittens kostet die Firmen ihr Anteil an diesen Fonds im Idealfall nur das Papier, auf dem die Aktie gedruckt wird. Denn die Aktien werden von der Firma speziell ausgegeben und durften bei Enron von den Beschäftigten erst veräußert werden, wenn sie das 50. Lebens-jahr überschritten haben. Sie vermehren also nicht das Aktienangebot auf dem allgemeinen Markt, dort kann der Kurs ungehindert von der Fülle der Mitinhaberaktien in die Höhe gehen. Die Mitarbeiter können täglich an den Kursen ablesen, wie viel reicher sie wieder geworden sind, was ihre Bindung an den Konzern und ihre Einsatzbereitschaft noch vergrößert. Es fiel Enron denn auch nicht schwer, die Mitarbeiter davon zu überzeugen, ihre angesparten Mittel in Enron-Aktien anzule-

### Der Schwindel mit den Unternehmen-Pensionsfonds

Die 22.000 Beschäftigten von Enron haben nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch den größten Teil ihrer Altersversorgung verloren. Denn Enron-Mitarbeiter waren natürlich beim betrieblichen Pensionsfonds versichert. Bis zu 15 Prozent ihres Gehaltes konnten sie dort steuerlich gefördert anlegen. Die Firma zahlte noch einmal die Hälfte dazu. Auch für sie ein wunderbares Geschäft. Sie zahlte keinen Arbeitgebervertrag in die Rentenversicherung, nur die Kosten für Papier und Druck der Firmenaktien, die bis zu 60 Prozent des betrieblichen Pensionsfonds ausmachten. Mit dem Kollaps von Enron sind die Fonds nun wertlos.

Doch nicht nur die Enron-Beschäftigten haben große Teile ihrer Altersversorgung verloren. Staatliche Pensionsfonds hatten insgesamt 1,3 Milliarden Dollar bei Enron investiert, die sie jetzt abschreiben können. Was heute mit Enron geschah, ist morgen bei jedem anderen Unternehmen der USA möglich. Und es würde wieder die Beschäftigten und ihre Altersversorgung treffen. In den USA gibt es 327 solcher Pensionsfonds von Großunternehmen, in denen 43 Millionen Arbeitnehmer 1,8 Billionen Dollar angelegt haben. Der Fall Enron legt Gewerkschaften und Belegschaften nahe, ihr Heil nicht mit dem der Firma zu verknüpfen.







gen. Mehr als 40 Prozent der privaten Altersvorsorge der Enron-Belegschaft bestand aus Aktien des eigenen Unternehmens.

Natürlich waren die Arbeiter und Angestellten beruhigt, als Nachrichten aufkamen, bei Enron sei etwas faul, ein Bilanzskandal stünde vielleicht bevor, der Enron-Himmelsflug nur eine Börsenblase, die zu platzen drohe. In emails an besorgte Mitarbeiter gab Kenneth Lay noch am 26. September 2001 die Parole aus: "Reden Sie die Aktie hoch!" (Die Zeit, 7.2.02) Der nächste Quartalsbericht falle "großartig" aus, das Unternehmen sei "gesund", die Aktie "ein Schnäppchen", ein "unglaubliches Geschäft". (HB, 21.1.01) Zu diesem Zeitpunkt hatte Lay wie seine Konsorten die eigenen Aktien längst verkauft. Als die Mitarbeiter den Predigten ihres bisherigen Messias zu misstrauen begannen, wechselte Enron den Treuhänder des Pensionsfonds aus, womit den Pensionfonds-Teilhabern für Wochen verboten war, über ihre Anteile zu verfügen. Nach dieser Phase lohnte sich der Anruf beim Börsenmakler kaum noch: Der Kurs war von den einstmaligen 90 Dollar nun bei 26 Cent angekommen.

Was dies für Enron-Mitarbeiter bedeutet, schildert William Lerach, der für die New Yorker Kanzlei Milberg Weiss das Entschädigungsverfahren leitet, am Fall des 54jährigen Arbeiters Roy Rinard. Er hatte auf Drängen der Firma seine gesamten Anteile am Pensionsfonds in Enron-Aktien angelegt. Mitte 2001 besaß Rinard dadurch ein Vermögen von 472.000 Dollar. Nach der Enron-Pleite beziffert sich der Wert aller seiner Enron-Aktien auf weniger als 4.000 Dollar. Die Hoffnungen auf einen Lebensabend ohne materielle Probleme sind dahin; Rinard, der bald in den Ruhestand gehen wollte, wird noch lange arbeiten müssen, wenn er überleben will. Denn das Trostpflaster von 4.500 Dollar, das Rinard wie alle Mitarbeiter von der Firma zum Konkurs erhielt, wird ihn nur wenige

Wochen über Wasser halten können. Die Firmenleitung blieb sich bis zuletzt treu. Zwei Tage vor dem Konkurs verteilte sie noch Prämien in Höhe von 55 Millionen Dollar an 500 Führungskräfte. (Wirtschaftswoche, 24.1.02).

Wurde die Belegschaft von Enron getäuscht und betrogen, so ging es den Tausenden kleiner Aktionäre nicht anders. 63 Milliarden Dollar gingen den Aktionären verloren, und der Verlust schlug vor allem bei den Kleinen zu Buche, nicht nur bei denen, die auf eigene Faust an der Börse spekulieren, sondern vor allem bei denen, die sich staatlichen Pensionsfonds anvertrauen. Diese waren bei Enron mit 1,3 Milliarden Dollar engagiert, die sie jetzt abschreiben müssen. Der Pensionsfonds der Stadt New York verlor 109 Millionen Dollar, der des Bundesstaates Florida 306 Millionen, bei Kalifornien waren es 195 Millionen, Georgia 127 Millionen und Ohio 115 Millionen Dollar. Ein besondere Rolle bei Betrug und Pleite spielte eine der größten Vermögensverwaltungen der USA, die Alliance Capital Management, die eine Reihe staatlicher Pensionsfonds verwaltete. Rund 20 Prozent der Enron-Aktien waren in den Händen großer Vermögensverwaltungen, 5,8 Prozent allein in denen der Alliance. Der Bundesstaat Florida wirft der Alliance vor, noch im November 2001 – also nach Einleitung der Untersuchung durch die Börsenaufsicht – Enron-Aktien gekauft zu haben. Des Rätsels Lösung ist nicht schwer: Frank Savage, einer der Spitzenmanager von Alliance, saß auch im Aufsichtsrat von Enron. (HB, 25.1.02).

Die Hoffnungen aller Betrogenen – u.a. auch der Amalgamated Bank, die als Treuhänder des Pensionsfonds von Gewerkschaftsangestellten agierte – ruhen nun auf den Sammelklagen, die von mehreren Kanzleien im Namen der Opfer angestrengt wurden. Wenn Enron und Andersen ihre Schulden bezahlt haben, wird für die früheren Beschäftigten und die Kleinaktionäre kaum noch etwas übrig sein. Sollen deren Ansprüche auch nur zum Teil realisiert werden, müssen auch die Großbanken, die den Enron-Betrug zum großen Teil konzipierten und durchführten, zur Rechenschaft gezogen werden.

## Komplize Bush: Die Regierung deckt den Abgang

Als Enron am 2.12.01 Gläubigerschutz beantragte, also seinen Konkurs anmeldete, traf es die meisten wie ein Schock. Jedenfalls alle, die Enron-Messias Lay und den Investmentbanken und Ratingagenturen Glauben geschenkt hatten. Hatte Lay doch wenige Wochen zuvor noch verkündet: "Eine meiner höchsten Prioritäten ist es, das Investoren-Vertrauen in Enron wiederherzustellen. Dies sollte einen signifikant höheren Aktienkurs zur Folge haben." (Die Woche, 18.1.02). Noch Ende November half Wall Street kräftig mit und lobte den Kurs nach oben. Die Dummen waren dann die Zehntausende Beschäftigte und Kleinanleger, die durch die Täuschungsmanöver der letzten Wochen noch einmal Milliarden Dollar verloren und zu einem großen Teil um ihre Alterssicherung gebracht wurden.



Die Bush-Regierung hätte den Betrug und das Desaster der letzten Wochen und Monate leicht verhindern können. Denn sie wusste seit längerem über den endgültigen Exitus Bescheid. Im Oktober und wieder Anfang November rief Enron-Vorstand Lay persönlich sowohl bei Finanzminister Paul O'Neill wie bei Wirtschaftsminister Donald Evans an. Enron-Aufsichtsratsvorsitzender Lawrence Whalley telefonierte "sechs- bis achtmal" mit Finanzstaatssekretär Peter Fisher. (FTD, 14.1.02). Auch Alan Greenspan, der Vorsitzende der Zentralbank, erhielt einen Anruf. Keiner der Herren informierte die Öffentlichkeit oder warnte zumindest die direkt Betroffenen. Die Eingeweihten schwiegen. Der Präsident will zu diesen Eingeweihten nicht gehört haben. Erst in einer Kabinettsitzung Anfang Januar 2002 habe der Finanzminister beiläufig gesagt: "Oh, mir fällt gerade ein, ich habe mit Ken Lay gesprochen. Er hat angerufen." Bush habe nur genickt, da habe Wirtschaftsminister Evans, der als der beste Freund Bushs gilt, schnell hinzu gefügt: "Ich habe übrigens auch einen Anruf von Ken bekommen. Er hat mich um Hilfe gebeten, aber ich habe abgelehnt." Der Präsident habe sofort befohlen: "Geht raus an die Öffentlichkeit und erzählt das den Leuten." (SZ, 28.1.02)

Als das Kind längst im Brunnen lag, hat die Regierung also mitgeteilt, sie habe seit längerem von der Existenz und Gefährlichkeit des Brunnens gewusst. Die Geschichte hat noch einen anderen Schönheitsfehler – sie ist völlig ungläubwürdig. Weder die Einlassungen der Minister noch die des Präsidenten können ernst genommen werden. Die Minister versuchen ihr Schweigen damit zu rechtfertigen, sie seien um Hilfe angegangen worden und hätten sie verweigert.

Anständige Politiker, die sich nicht kaufen lassen. In Wahrheit musste es Lay gerade darum zu tun sein, dass die Politiker schweigen, damit er und seine Spießgesellen noch alles an Enron-Aktien und sonstigen Aktiva zu möglichst viel Geld machen können. Im Schweigen lag der Korruptionsbeitrag der Politik. Noch weiter ging allerdings die

Hilfestellung des Zentralbankchefs Greenspan. Dieser Säulenheilige des Neoliberalismus nahm noch Mitte November den "Enron Award for Distinguished Public Service" entgegen, womit er im Gegenzug für die mit dem Preis verbundenen 250.000 Dollar dem Konzern noch in letzter Sekunde einen wichtigen Dienst erwies. Denn wenn der Chef der Zentralbank, zu dem die Nation als Retter aus der Rezession aufblickte, Enron als Preisverleiher adelte, musste es sich um einen Konzern der Extraklasse handeln. Zu seinen Vorgängern als Preisträger von Enrons Gnaden gehören übrigens Colin Powell, der jetzige US-Außenminister, sowie der Ex-Premier der Sowjetunion Michail Gorbatschow und der georgische Staatschef Schewardnadse. (People's Weekly World Newspaper, 2.3.02)

Vielleicht noch gewichtiger ist aber das Schweigen des Präsidenten, als Oberkommandierender im Krieg gegen den Terror von fleckenloser Autorität. Dieser alte Spezi von Lay und Enron will also nichts gewusst haben vom betrügerischen Bankrott Enrons und schon gar nichts von den Anrufen Lays bei Mitgliedern seiner Regierung. Finanzminister O'Neill behauptet, sein Gespräch mit Lay sei nicht so bedeutend gewesen, "als dass man gleich über die Straße rennen und den Präsidenten alarmieren müsse". Wie absurd diese Lüge ist, erweist sich schon an dem Umstand, dass genau die Kräfte, die im Fall Enron in der Schusslinie stehen, die finanziellen Hintermänner der politischen Karriere Bushs sind. Der Enron-Skandal umfasst das Herzstück des neoliberalen Kapitalismus: Wall Street mit seinen Banken und Börseneinrichtungen; die Wirtschaftsprüfer und -berater sowie Transnationale Konzerne wie Enron. Schauen wir uns die Finanzierer der Präsidentschaftskampagne von Bush an, so entdecken wir eine geradezu groteske Identität des Problemfelds Enron/Andersen mit dem politisch-wirtschaftlichen Umfeld der Bush-Regierung.

Das "Center for Responsive Politics" hat folgende Liste der Spendengeber Bushs für die Kampagne 1999/2000 zusammengestellt:

MBNA Corp	240.675 \$
Vinson & Elkins	202.850 \$
Credit Suisse First Boston	191.400 \$
Ernst & Young	179.949 \$
Andersen Worldwide	145.650 \$
Morgan Stanley Dean Witter	144.900 \$
Merrill Lynch	132.425 \$
PricewaterhouseCoopers	127.798 \$
Baker & Botts	116.121 \$
Citigroup Inc.	114.300 \$
Goldman Sachs	113.999 \$
Enron Corp	113.800 \$
Bank of America	112.500 \$
KPMG LLP	107.744 \$
Jenkins & Gilchrist	105.450 \$
Enterprise Rent-A-Car	97.498 \$
State of Texas	87.254 \$
American General Corp	87.254 \$
Deloitte & Touche	81.600 \$

An dieser Aufstellung lässt sich ablesen, dass drei Wirtschaftskomplexe das größte materiell abgestützte Interesse an der Wahl Bushs zum Präsidenten hatten. Als erstes treffen wir Enron an. Zu dem Ölkonzern zählt "Vinson & Elkins", die Anwaltsfirma von Enron, natürlich ebenso wie Andersen, der Wirtschaftsprüfer und -berater von Enron. Als nächstes finden wir die ganze Phalanx der großen Wirtschaftsberater. Die "Big Five" sind vollständig vertreten: Ernst & Young, Andersen, PricewaterhouseCoopers, KPMG, Deloitte. Schließlich präsentieren sich die Großen der Wall Street: MBNA (u.a. der größte Kreditkartenherausgeber der Welt), Credit Suisse First Boston, Morgan Stanley, Merrill Lynch, Citigroup, Goldman Sachs, Bank of Amerika. Fast alle diese Finanzinstitutionen sind in den Untersuchungsberichten des Kongresses und in den Klageschriften der Entschädigungsverfahren als Komplizen von Enron-Andersen

aufgeführt. Für die Berater- und Prüfungsfirmen der "Big-Five" steht und fällt ihr Geschäft mit dem Ergebnis der Verfahren gegen Enron/Andersen. Werden die Aufsichtsregeln verschärft, wird Beratung von Prüfung gesetzlich getrennt, fängt das Publikum an, Banken und Prüfer als betrügerisch und parteiisch zu durchschauen, könnten die Zitadellen des Kapitalismus in Gottes eigenem Land ins Wanken geraten. Allein die "Big Five" haben seit 1989 fast 39 Millionen Dollar an Politikern und Parteien gezahlt. (Accounting Industry. www.opensecrets.org, 30.1.02) Und die Wall Street-Schweregewichte haben sich nicht die beste Politik, die man für Geld haben kann, in Washington teuer erkaufte, damit ihnen von dort auch noch das Leben schwer gemacht wird.

Dies ist der Grund, warum die Bush-Regierung selbst dann noch gute Miene machte, als Enron in Wahrheit schon unter der Erde lag. Bush und Che-

### **"Jederzeit auch hier zu Lande"**

*"Was in den USA bei Enron – trotz weiter gehender Unternehmenspublizität, Kapitalmarktaufsicht und Haftungsverfassung – möglich war, kann jederzeit auch hier zu Lande passieren", weiß das Handelsblatt, das Zentralorgan des deutschen Kapitals. (21.2.02). Noch ehrlicher ist die Wirtschaftswoche: "Hätte Deutschland eine vergleichbare Behörde (wie die Börsenaufsicht in den USA, CS), würde die Hälfte aller Vorstände vom Neuen Markt im Knast sitzen." (24.1.02)*

*Dass die Zustände in Deutschland jedenfalls nicht besser sein können als in den USA, dafür garantieren schon die Wirtschaftsprüfer, die Jahr für Jahr den Bilanzen testieren müssen, dass mit der Finanzlage des Unternehmens alles seine Richtigkeit hat. Die fünf größten Wirtschaftsprüfer Deutschlands sind nämlich identisch mit den "Big Five" der USA. Andersen, Partner von Enron im Jahrhundert-Betrug, betreut 20 Prozent der Firmen im Nemax 50, deren Vorstände laut Wirtschaftswoche zur Hälfte in den Knast gehören. Nach dem Debakel in den USA will die deutsche Andersen jetzt mit der KPMG, der drittgrößten Wirtschaftsprüfungsfirma der USA und der Welt, zusammen gehen. Die KPMG prüft nicht weniger als 40 der hundert im DAX vertretenen Unternehmen.*

*Wie leistungsfähig und pflichtbewusst die KPMG ist, hat sie gerade am Beispiel von Comroad bewiesen. Der Hersteller von Navigationssystemen, der im Nemax 50 notiert ist, musste Mitte April 2002 zugeben, dass der für 2001 bilanzierte Umsatz von 93,6 Millionen DM fast komplett erfunden ist. Nur 1,3 Millionen DM sind echt, der Rest besteht aus absoluten Luftnummern, Umsätzen vor allem mit einer nicht existenten Firma in Hongkong. Der Gründer und Ex-Chef der Firma sitzt seit Ende März 2002 wegen des Verdachts auf Kursbetrug im Knast. Im Februar hatte die renommierte Weltfirma KPMG die Bilanz des Unternehmens testiert, also festgestellt, dass alle Angaben zu Umsatz und Gewinn geprüft und für rechtens festgestellt wurden. Anschließend hat KPMG das Mandat gekündigt, Indiz dafür, dass die Prüfungsfirma sich im Klaren war über den Betrug und sich Sorgen machte, ob das alles im Sog des Enron-Skandals so weiter gehen könnte. Nur – testiert haben sie den Schwindel noch und das Honorar eingestrichen. (FTD, 15.4.02)*

*Wenn Andersen Deutschland nun also Zuflucht sucht bei KPMG, wird dies nicht zur Verbesserung der Finanzkultur des Landes beitragen. Man muss allerdings*

*zugeben, dass eine wirkliche Alternative für die deutschen Truppen von Andersen nicht existiert. Auch die anderen aus der Reihe der "Großen Fünf" – nur diese Großen sind für weltweit operierende Unternehmen interessant – entsprechen nicht dem Bild gesetzestreu, der Öffentlichkeit verpflichteter Wirtschaftsprüfer. Nehmen wir Ernst & Young, die sieben Unternehmen des Nemax 50 und, wie Andersen, vier des DAX 100 prüfen.*

*Die Europa-Filiale des US-Konzerns brachte es zu historischer Berühmtheit im Zusammenhang mit dem CDU-Spendenskandal um Leuna-Minol. Es ging darum, ob und wie hoch die französische Firma Elf Aquitaine beim Erwerb der Leuna-Minol-Aktiva aus dem DDR-Nachlass Kohl und die CDU bestochen hatte. Ein Skandal, der das Ende der Ära Kohl besiegelte. Elf Aquitaine hatte erwiesenermaßen allein in den Jahren 1989 bis 1993 900 Millionen DM zur Bestechung in- und ausländischer Politiker eingesetzt. Der Wirtschaftsprüfer in diesen Jahren war "Ernst & Young", der jedes Jahr testierte, alles sei korrekt verbucht. 1992 übernahmen die Franzosen Leuna-Minol, dessen Wirtschaftsprüfer nun Ernst & Young wurde, der testierte, dass beim Erwerb und danach alles mit rechten Dingen zugeht. Die Millionen an die CDU waren den Prüfern entgangen. Das lag vielleicht auch daran, dass Ernst & Young gleichzeitig Wirtschaftsprüfer der CDU waren, der sie ebenfalls korrektes Finanzgebahren bescheinigten, bis die Partei schließlich selbst zugeben musste, dass sie geschmiert worden war. Die CDU verlor Wahlen und Regierungsgewalt – Hans Jochen Henke, bis dahin Staatssekretär bei CDU-Minister Wissmann, wurde leitender Mitarbeiter bei Ernst & Young. Wissmann selbst machte die CDU zu ihrem Schatzmeister. Spezialisten unter sich.*

*Was die "Big Five" und ihre Partnerunternehmen in den USA können, das schaffen sie also auch leicht in Deutschland. Berlin ist nicht weniger in den Händen der Konzerne wie Washington. In der deutschen Hauptstadt arbeiten 18.000 Lobbyisten von Wirtschaftsverbänden. Auf jeden Bundestagsabgeordneten kommen 30 Drücker aus der Wirtschaft. Vielleicht übertrieben, wenn man bedenkt, dass fast die Hälfte aller Abgeordneten selbst Unternehmensberater oder direkt von Firmen in das Parlament delegiert sind. (Vgl. Verbrechen Wirtschaft. Moderner Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität. isw-report Nr. 42)*

ney machten seit Jahren gemeinsame Sache mit Enron und sie wussten über jede aktuelle Entwicklung Bescheid. Seit Januar 2001 leitete der Vizepräsident die "Energy Task Force", die ein neues Energiegesetz vorzubereiten hatte. Was hat Cheney in den mindestens sechs Treffen mit Lay und anderen Repräsentanten von Enron, deren Protokolle Cheney dem Kongress nicht herausgeben will, besprochen, wenn nicht aktuelle Probleme und Lösungsmöglichkeiten? Immerhin kam er im Februar 2001 mit dem Vorschlag einer speziellen Subvention für Gas- und Ölförderung in Indien nieder, der haargenau passte auf die drängenden Probleme Enrons vor Ort. Als am Juni 2001 die indische Oppositionsführerin Sonia Gandhi in Washington war, mahnte Cheney persönlich die Gelder an, die Enron angeblich aus dem Dabhol-Geschäft zustünden. (Albion Monitor, 28.2.02). Cheney war so eingeweiht in die geschäftlichen Probleme Enrons, als wäre er einer der Geschäftsführer. Das Treffen Cheneys mit Gandhi wurde organisiert vom Nationalen Sicherheitsrat, der für die Enron-Belange schon zu diesem Zeitpunkt eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet hatte. Der Nationale Sicherheitsrat machte sich auch stark für ein direktes Treffen von Lay mit indischen Offiziellen. Die Washington Post kommentierte den Einsatz so, dass der Nationale Sicherheitsrat "wie ein Begleitungsdienst für den Enron-Vorsitzenden Kenneth L. Lay und Indiens Nationalen Sicherheitsberater Brajesh Mishra agierte". (A.a.O.) Es darf angenommen werden, dass Bush, bei allem, was gegen seine Kompetenz und seinen Fleiß ins Feld geführt wird, doch weiß, was in seinem Nationalen Sicherheitsrat vorgeht, dem Gremium, das in den USA über Krieg und Frieden und die jeweiligen Kosten entscheidet.

Bush und sein Kabinett wussten Bescheid. Während Enron/Andersen/Wall Street belastende Dokumente schredderten und die Enron-Kurse hochtrieben, um schnell noch ihre Aktienpakete pro-

fitabel los zu werden, gab ihnen die politische Abteilung in Washington die nötige Deckung. Dazu waren sie bestallt. Und gleichzeitig machten die Insider in Washington noch einen sauberen Schnitt. Mindestens fünfzehn hochrangige Mitglieder der Bush-Regierung besaßen selbst Enron-Aktien, darunter Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld und auch der Finanz-Staatssekretär Peter Fisher, mit dem der Enron-Aufsichtsratsvorsitzende "sechs- bis acht mal" telefoniert hatte. (HB, 14.1.02) Alle diese Eingeweihten, die Informationen über Enrons Sterbedatum angeblich nicht so gravierend fanden, dass sie irgend jemand Außenstehenden informiert hätten, sahen sich aber dennoch genötigt, alle ihre Enron-Aktien umgehend und noch vor Information der Öffentlichkeit zu verkaufen. Bei Armeeminister White, dem früheren Enron-Manager, kamen so 50 bis 100 Millionen Dollar herein. Als das Schiff sank, hatten die Ratten es längst verlassen. Seinen Aufsatz zum Enron-Skandal überschrieb der federführende Anwalt der New Yorker Kanzlei, die in Houston Schadensersatzklage erhob: "Warum die Insider reich werden, und der kleine Mann verliert." Das Motto zu Enron, das Motto zum neo-liberalen Kapitalismus.

#### Abkürzungen

---

FTD - Financial Times Deutschland  
 FAZ - Frankfurter Allgemeine Zeitung  
 HB - Handelsblatt  
 SZ - Süddeutsche Zeitung

**isw-report** ISSN 1614-9289

- ..... report 73: **Klima-Killer Konzerne** Wie Konzerne und Marktwirtschaft das Klima kaputt machen (April 2008) Sonderpreis 2,00 EUR + Vers.
- ..... report 74: **Neoliberalismus, Demokratieabbau, Neofaschismus** Doku des 16. isw-forums (Juni 2008) Sonderpreis 1,00 EUR + Versand
- ..... report 76: **Krise. Rezession. Absturz. – Wege aus der Krise** (April 2009) Sonderpreis 2,00 EUR + Versand
- ..... report 77: **Die kapitalistische Krise und die neue globale Machtverteilung** Doku des 17. isw-forums (Juni 2009) SP 1,00 EUR + Vers.
- ..... report 78: **Die Große Krise und die Lähmung der Gewerkschaften** (September 2009) Sonderpreis 1,00 EUR + Versand
- ..... report 79: **Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung** (Januar 2010) 3,50 EUR + Versand
- ..... report 81: **Besser – kürzer – arbeiten.** Die Große Krise und die Zukunft der Arbeit (Doku 18. isw-forum) Juli 2010 / 3,00 EUR + Versand
- ..... report 82: **Die Mär von der Zählung der Finanzmärkte.** Der Countdown zur nächsten Krise läuft (November 2010) 3,50 EUR + Versand
- ..... report 83/84: **China. Krise als Chance? Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht** (Dezember 2010) 5,00 EUR + Versand
- ..... report 85: **Scheitern EURO und EU?** Doku des 19. isw-forums (Juni 2011) 3,00 EUR + Versand
- ..... report 86: **Die arabischen Revolten und der Westen** (Sept. 2011) Sonderpreis: 1,00 EUR + Versand
- ..... report 87: **ABC der Schulden- und Finanzkrise** (Dezember 2011) 4,00 EUR + Versand
- ..... report 88: **Welt-Einkommensverteilung.** In den Nationen immer ungleicher. Schwellenländer holen auf (März 2012) 3,00 EUR + Versand
- ..... report 89: **Dringend gesucht: Alternative zum Kapitalismus. Doku des 20. isw-forums** (Juni 2012) 2,50 EUR + Versand
- ..... report 90: **Euro-Zone: Inkassobüro für die Banken? Zerbricht der Euro? Kraft für ein soziales Europa?** (Sept. 2012) 3,00 EUR + V.
- ..... report 91: **Grüne Wende. Neue Farbe oder neues System?** (Dez. 2012) 3,50 EUR + Versand
- ..... report 92: **Der Überfall der Banken.** Wie die Banken die Gesellschaft ruinieren u. wie sie an die Kette zu legen sind (April 2013) 3,50 EUR
- ..... report 93: **Die Schulden streichen!** Grundlage für eine Erneuerung Europas (21. isw-forum) (Juni 2013) 2,50 EUR
- ..... report 94: Zwischen Dauerkrise, Widerstand, Transformation: **Kapitalismus am Ende?** (Sept. 2013) 3,50 EUR
- ..... report 95: **Die Krise und die Spaltung Europas. Europa am Scheideweg** (Dez. 2013) 3,50 EUR
- ..... report 96: **Widerstand – Kapitalismus oder Demokratie** (März 2014) 3,50 Euro + Versand

**isw-spezial** ISSN 1614-9270

- ..... Nr. 20: **Die Entwicklungsländer im System von WTO u. IWF** (April 2007) 4 EUR + Versand
- ..... Nr. 21: **Mit Hochgeschwindigkeit aufs falsche Gleis** Bahnprivatisierung (Sept. '07) Mithrsg: Bündnis Bahn für Alle 1,00 EUR + Versand
- ..... Nr. 23: **Wendejahre in Osteuropa** Zusammenbruch, Transformation, Wirtschaftskrise (November 2009) 1,00 EUR + Versand
- ..... Nr. 24: Für die Krise zahlen? Nein! **Wie die Linke in Europa gegen die Sparprogramme mobil macht** (Sept. 2010) 2,00 EUR + Versand
- ..... Nr. 25: **Arbeitskämpfe in China.** Chinas Gewerkschaften in der Transformation (Dezember 2011) 4,50 EUR + Versand
- ..... Nr. 26: **Die Herren des Geldes – Reichtum und Macht des 1 %** (März 2012) 2,50 EUR + Versand
- ..... Nr. 27: **Wettbewerb schadet der Gesundheit.** Eine Analyse der Gesundheitspolitik in Deutschland (Juni 2013) 3,00 EUR + Versand

**isw-wirtschaftsinfo** ISSN 1614-9262

- ..... Nr. 48: **Bilanz 2013 – Ausblick 2014** zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in **Deutschland u. Euro-Zone** (April 2013) 4,00 EUR + V.
- ..... **CD:** alle Grafiken aus wirtschaftsinfo 48 (Powerpoint) 5,00 EUR + Versand

**isw-forschungshefte** ISSN 1614-9254

- ..... Nr. 4: **Der Markt. Theorie, Ideologie, Wirklichkeit.** Eine Kritik der herrschenden Wirtschafts-ideologie (Juli 2010), 4,00 EUR + Versand

**isw-Grafik-Report** ISSN 1867-7363

- ..... Nr. 12: **NATO. Rüstung. Krieg.** (Januar 2009) Sonderpreis 3,00 EUR + Versand

alle lieferbaren isw-Publikationen siehe  
[www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)

**Ich bestelle die oben angekreuzten Titel**

Name  
Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Ich möchte Fördermitglied des isw e.V. werden**

Ich unterstütze die Arbeit des isw ab .....(Monat/Jahr)  
mit einer monatlichen Spende von ..... EUR (mind. 6 Euro)

Als Fördermitglied erhalte ich alle im Förderzeitraum erscheinenden  
isw-Publikationen (Printmedien) des isw e.V. als Mitgliederzeitschrift.

Ich zahle nach Rechnungstellung  
 Ich zahle per Dauerauftrag  
 Buchen Sie den Förderbeitrag von meinem Konto ab

Die Abbuchung soll erfolgen:  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich

Name  
Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Ich abonniere isw-report und wirtschaftsinfo "Bilanz"**

ab isw-report  96 /  97 /  98 /  99  
zum Abo-Preis von 18 Euro (Auslandsabo: 28 Euro)

- Ich zahle nach Rechnungstellung
- Buchen Sie den Abo-Betrag von meinem Konto ab (siehe Kasten)

Name  
Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

**Zahlung per SEPA-Lastschriftmandat** (Einzugsermächtigung)

Wenn Sie sich für die Zahlung per Lastschrift entschieden haben, schicken wir Ihnen ein Formular zu, in das Sie Ihre Bankdaten eintragen können. Mit gleicher Post erhalten Sie auch die für das Sepa-Lastschriftverfahren notwendigen Daten: unsere Gläubiger-Identifikationsnummer, Ihre Mandatsreferenznummer sowie den Abbuchungstermin.



**NO JUSTICE  
NO PEACE!**

<http://www.isw-muenchen.de>

ISSN: 1614-9262